

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettizeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 24.

Mittwoch, den 29. Januar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

## Und wiederum Kriegsgefahr.

Auf die Revolution folgte der Krieg, auf den Krieg folgte die Revolution. So setzt sich unter stets erneuerten Stößen und Erschütterungen der Zerfall des türkischen Reiches durch.

Dem Ausbruch der türkischen Revolution im Jahre 1908 folgte die Annexion Bosniens und der Herzegovina durch Oesterreich auf friedlichem, und die Annexion von Tripolis und der Cyrenaika durch Italien auf kriegerischem Wege. Die türkische Revolution war ein Anzeichen dafür, wie sehr dieses zerfallene Reich bereits den imperialistischen Gelüsten der europäischen Großmächte verfallen war, und sie selber, die Revolution, war nur ein heroischer Versuch, sich diesen imperialistischen Kolypnenarmen noch einmal zu entwinden. Und gerade diese Revolution gegen den europäischen Imperialismus hat am mächtigsten dazu beigetragen, den europäischen Imperialismus zu entfachen. Oesterreich und Italien sind erst durch sie in den imperialistischen Malstrom hineingerissen worden. Und auf den italienischen Krieg folgte der Balkankrieg, kein imperialistischer Raubzug schlechthin, sondern ein Krieg kleiner Nationalitäten, die bisher im Dämmer kultur- und geschichtsloser Unterdrückung dahingelebt hatten, in denen jedoch die letzten Jahrzehnte wirtschaftlicher Entwicklung die gleiche Zauberkraft bewahrt hatten, wie an den geschichtslosen Nationalitäten Oesterreichs, den Tschechen, Slowenen usw. ihr Erwachen zu nationalem Bewußtsein, und die jetzt die günstige Stunde benützen, um die türkische Fremdherrschaft definitiv zu zertrümmern. Eben sollte der Punkt auf das i des Friedensvertrags gesetzt und damit die Türkei aus Europa so gut wie hinausgewiesen werden, als eine neue türkische Revolution ausbrach und alles wieder in Frage stellte.

Vier Jahre erst sind seit der ersten türkischen Revolution verfloßen, und in diesen vier Jahren ist die Türkei zusehends schwächer und blutärmer geworden. Wenn der erste Versuch, sich der Umklammerung durch die europäischen Großmächte zu erwehren, im Jahre 1908 mißlang, wird der jetzige Versuch einen besseren Erfolg zeitigen? Wir glauben es nicht. An dem definitiven Geschick der Türkei werden die Vorgänge am Donnerstag nichts ändern können, und doch können sie für die Welt eine gewaltige Bedeutung erlangen.

Näher betrachtet verdienen die Ereignisse, die sich am Donnerstag am Goldenen Horn abspielten, gar nicht den Namen einer Revolution. Sie sind eine Revolte, ein geglückter Putsch unzufriedener Offiziere. Und an solchen Revolten und Palastrevolutionen ist keine Stadt Europas so reich, wie Konstantinopel, die alte Hauptstadt des byzantinischen Reiches. Und niemals haben die Putsche und Verschwörungen die Massen des Volkes irgendwie interessiert. Sie gingen lediglich in der „Wolkenregion“ vor sich, und der rastlose Dynastenwechsel wurde seltener kontrahiert durch die unerklärliche Gleichmäßigkeit der Volksmassen, die mit Urwäterhausat und nach Urwäter Weise den Acker bestellten und ihr kleines Handwerk betrieben. Um den Bauer und den Handwerker bekümmerten sich die alten und die neuen Machthaber nie, man erhob die Steuern fort, man erhöhte sie wohl auch, aber an die Wurzel dieser Dinge, an die bäuerlichen Eigentumsverhältnisse, rührte man nicht. Und gerade hierin unterscheidet sich der in den Orient vordringende Kapitalismus von allen seinen Machtvorgängern. Er reiht den Bauer von seinem jahrtausendlang beackerten Grund und Boden, er zertrümmert seine Erwerbsverhältnisse, seine geistige Welt, sein alles. Er legt die Art an die Wurzel und bringt die Grundlage der Dinge in Fluß, die bis dahin aller Entwicklung zu trocken schienen. Vor diese Entwicklung hat das eindringende Kapital auch die Türkei gestellt und besonders die nunmehr zu einem Drittel fertiggestellte Bagdadbahn wird die soziale Auflösung des alten türkischen Reiches gewaltig fördern. An diesem Gang der Dinge wird nichts geändert durch einen Putsch, wie ihn Enver Bey am Donnerstag so rasch und so erfolgreich vollführt hat — und doch, wir wiederholen es, kann dieser Putsch eine gewaltige Bedeutung für die Welt erlangen.

Um es mit einem Wort zu sagen: der Weltkrieg hängt in den Mantelfalten dieses Putsches. Wir sehen ganz davon ab, daß Rußland mit dem Einmarsch in das türkische Armenien gedroht hat, wenn Adrianopel nicht in wenigen Tagen übergeben und damit der Friede sichergestellt würde. Rußland würde das sicherlich nur tun, wenn es weiß, daß dadurch der Weltkrieg, d. h. der Krieg mit den europäischen Großmächten nicht herbeigeführt werden würde. Wohl aber könnte mit der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten auf dem Balkan die gesamt-

samtpolitische Situation Europas ein ganz anderes Gepräge erhalten. Bisher hatten alle europäischen Großmächte, der Dreibund wie die Tripelentente in gleicher Weise die Türkei in dem Sinne zu beeinflussen gesucht, daß sie Adrianopel abtrete. Soweit auch die deutsche Diplomatie, die an einer Schwächung der Türkei gar kein Interesse hat, sich an dieser Aktion beteiligte, kann es nur von dem Gesichtspunkte aus gesehn sein, daß eine weitere Kriegsführung die Türkei nur noch mehr schwächen würde, und daß demgemäß der Verlust von Adrianopel für die Türkei kein so großer Schaden sei, als die Weiterführung des Krieges. Diese Annahme allein bringt Sinn in die Haltung der deutschen Diplomatie, und für völlig sinnlos oder irrsinnig braucht man die Herren vom diplomatischen Gewerbe nicht zu halten. Soweit verstehen sie schon, die Interessen ihres Auftraggebers, des deutschen Kapitalismus zu wahren. Und das Interesse des deutschen Kapitals geht darauf hinaus, zum mindesten eine existenzfähige asiatische Türkei zu haben. Das ist die Grundlage für die wirtschaftliche Ausbeutung der Türkei durch das deutsche Kapital, und die Türkei wird in Asien um so existenzfähiger sein, je weniger sie in Europa um ihr Leben zu kämpfen hat. Will nun aber — und das haben die neuen Männer in Konstantinopel ausdrücklich erklärt — die Türkei von ihrem europäischen Besitz nicht lassen und den Entscheidungskampf um Adrianopel bis zum bitteren Ende führen, so sind damit alle bisherigen politischen Kombinationen und diplomatischen Konstellationen in die Luft gesprengt und alles ist möglich. Es wird sich dann zeigen, wie sehr bereits die wirtschaftliche Zerschlagung durch das europäische Kapital die türkischen Bauern ergriffen und ihnen einen Begriff von dem Ernst der Situation beigebracht hat. Kommt es zu einem wirklichen Verzweiflungskampf der Türkei, dann dreht es sich nicht mehr bloß um die Existenz der Türkei in Europa, sondern um die Existenz der Türkei überhaupt. Und dann wird sich um die Knochen des niederbrechenden Wildes ein wüster Kampf der bisher so brav geeinten imperialistischen Räuber entwickeln und Dreibund und Tripelentente werden einander an die Gurgel springen.

Die Kriegsgefahr erlischt nicht. Sie erscheint stets in neuer Gestalt und just in dem Augenblick, wo man glaubt, die Fackel sei am Niederbrennen, facht sie von neuem düster rot empor.

## Politische Rundschau

Deutschland.

### Das Reichsgesundheitsamt.

Die Sitzung begann mit einer Reihe kurzer Anfragen. Genosse Dr. Gradnauer erhielt die Information über die neue Militärvorlage, die ihm das Komunique der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ schon vor einigen Tagen angekündigt hatte, daß die Reichsregierung tatsächlich wiederum eine Vermehrung der Rüstungen beantragen wird, ohne daß sie aber nähere Einzelheiten bisher mitteilen kann. Herr Bajer mann, der eine Reihe von Fragen stellte, erkundigte sich u. a. danach, ob zwischen Frankreich, England und Rußland bestimmte Vereinbarungen über eine Abgrenzung der Interessensphären in der asiatischen Türkei getroffen worden seien. Er erhielt eine etwas dunkle Antwort, die lediglich wissen läßt, daß die Regierung von solchen Gerüchten vernommen hat, aber nicht an sie glaubt.

Dann wurde die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern beim Kapitel Reichsgesundheitsamt fortgesetzt. Auch diese Debatte brachte einen neuen Beweis für die große Berechtigung sozialdemokratischer Kritik an der Unberücksichtigung und Rückständigkeit der sozialpolitischen Gesetzgebung. Der nationalliberale Professor von Calker und der Antisemit Dr. Burckhardt sprachen sich über die Mißstände in den Verhältnissen des Krankenpflegepersonals aus, Mißstände, die Herr B u m m, der Präsident des Gesundheitsamtes, ausdrücklich zugab, und denen er momentan mit den üblichen Erhebungen nachgeht. Genosse Antrick sprach seine tiefe Genugtuung aus über die späte Einsicht der bürgerlichen Parteien und der Regierung und er erinnerte namentlich an die unerhörten Angriffe, denen er noch vor kaum einem Jahrzehnt ausgesetzt war, weil er als Allererster auf diese Zustände aufmerksam gemacht hatte. Er erhielt für die Charakteristik der damaligen Angriffe zwar einen Ordnungsruf, der aber, wie er selbst der Heiterkeit des Herrn Dr. Hertel gegenüber feststellte, wenig Besserung schaffen wird. Wie notwendig diese Besserung ist, in der Entlohnung, in der Arbeitszeit, in den Wohnungsverhältnissen des Krankenpflegepersonals, wie sehr die Kranken selbst einer derartigen besseren Organisation des Dienstes bedürfen, zeigte unser Redner an zahlreichen einzelnen Beispielen.

Von unserer Seite sprach noch Genosse Säckel über die großen Gefahren der Arbeit in der Weberei und ver-

langte das Verbot gewisser, besonders gesundheitsgefährlicher Arbeitsmethoden. Eine ganze Reihe anderer Fragen, die in das Ressort des Reichsgesundheitsamts fallen, wurden von zahlreichen Rednern aus den bürgerlichen Parteien behandelt. Hervorgehoben sei, daß das Reichsgesundheitsamt an einen Erfolg in seiner Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche glaubt.

Heute wird die Beratung des Etats unterbrochen durch die Interpellation der Polen über die Enteignung polnischer Gutsbesitzer in Preußen. Für deren Verhandlung ist einstweilen ein Tag vorgezogen.

### Zur neuen Militär-Vorlage.

Zur neuen Militärvorlage äußert sich die „Frankfurter Zeitung“ ablehnend. Sie meint, daß die Vorlage nicht gut von denselben Personen vertreten werden könne, die nach den militärischen und nach der finanziellen Seite an der vorigen Heeresvorlage entscheidend beteiligt waren. Wenn es zutreffen sollte, daß auch der Staatssekretär des Reichsfinanzamts ausscheidet, so würde das darauf hindeuten, daß die Deckungsfrage noch ungelöst bleibt. Damit würde aber der Reichstag erst recht vor die Frage gestellt, ob er einer Vorlage zustimmen soll, die eine gewaltige finanzielle Mehrbelastung ohne gleichzeitige Deckung bringt, während auf der anderen Seite die Forderungen, abgesehen von den Aufwendungen für die Luftschiffahrt, nicht mit neuen militärischen Notwendigkeiten begründet werden können. Der jetzige Kriegsminister hat im vorigen Jahre bei Beratung der damaligen Militärvorlage mit aller Bestimmtheit erklärt, daß die Forderungen ausreichend seien. Den Versuch, die neue Militärvorlage mit der Veränderung der politischen Verhältnisse zu begründen, bezeichnet die „Frankfurter Zeitung“ als eine ganz falsche Darstellung. Niemand, sagt sie, könne ehrlicherweise behaupten, daß seit dem Vorjahre Änderungen eingetreten sind, die eine neue militärische Beurteilung rechtfertigen. Man will die jetzige politische Konjunktur für Durchdrückung neuer Militärforderungen ausnützen. Das ist alles und dem sollen künstlich herausgelungene Gründe angepaßt werden. Das muß bei der Beurteilung der jetzigen Vorgänge wohl im Auge behalten werden, schon deshalb, weil nach diesem Vorgang schließlich jeder politische Konflikt zu neuen Wehrforderungen bei uns führen kann.

Daß diese Darlegungen auf die fortschrittliche Volkspartei einen Eindruck machen werden, ist vorerst zu bezweifeln, denn seit dem Tode Eugen Richters geben die Fortschrittler an militärischer Frömmigkeit den Nationalliberalen nichts mehr nach.

### Der „Glückwunsch der Armee“.

Das „Militär-Wochenblatt“, ein amtliches Organ, veröffentlicht einen Glückwunsch der Armee. Es ist zum mindesten grober Unnützlich, von einem Glückwunsch der Armee zu reden, denn die Armee hat mit der Stillübung eines Mitarbeiters des Militär-Wochenblattes nicht das mindeste zu tun. Es scheint aber in gewissen Kreisen Übung geworden zu sein, immer im Namen der Armee zu reden, wie ja auch vor einigen Jahren beim Empfang der Generale am Neujahrstag durch den Kaiser einer dieser Herren im Namen der Armee gesprochen hat. Wenn die Herren im Namen des Offizierkorps sprechen würden, so hätte das schließlich eine gewisse Berechtigung. Zur Armee gehört aber auch die halbe Million Soldaten, die ohne Zweifel um eine Meinungsäußerung nicht gefragt worden sind, und die auch nichts mit der Überschwenglichkeit zu tun haben, mit der in dem Glückwunsch versichert wird, die Armee werde, wenn sie der Kriegsherr in naher oder fernerer Zeit ruft, mit ihrem Blute für deutsche Ehre, für deutschen Boden, für Kaiser und Reich eintreten.

### Eine neue Gefahr für die Agrarier.

In der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“ macht der Schlachthofdirektor Haas in Offenburg einen Vorschlag, der die Agrarier zu lautem Protest veranlassen wird. Herr Haas empfiehlt nämlich, das Reich oder die Militärverwaltung möge im südwestafrikanischen Schutzgebiet einen modernen Schlacht- und Viehhof mit Konservenfabrik errichten. Dieser Vorschlag wird wie folgt begründet:

„Durch die billigen Einkaufspreise der Schlachttiere würde eine solche Anlage sich in kurzer Zeit als sehr rentabel erweisen. Der Militärfiskus würde dadurch bei richtiger Ausnutzung Millionen von Mark in seinen Ausgaben ersparen. Die Verproviantierung der Festungen und teilweise Verpflegung der Soldaten auch in Friedenszeiten mit Konservenfleisch könnte durchgeführt werden. Durch eine derartige Maßnahme würde in erster Linie die Kolonie Deutsch-Südwestafrika wirtschaftlich erstarken und den von ihr erhofften Nutzen für das Mutterland erbringen. Zum anderen würden viele Millionen Mark, die jetzt für Fleisch ins Ausland gehen, in deutschen Händen bleiben. Und endlich würde durch die reichliche Verwendung von Büchsenfleisch der Fleischmarkt im Inlande entlastet.“

# Ihr Leid gewahrt!

Wenn jene Herren, denen in Lübeck das Amt des Ausarbeitens von Geschenktwürfen zugeteilt worden ist, einmal erfahren wollten, wie weite Kreise unserer Bevölkerung einen Teil ihrer Arbeit bewerten, dann hätten sie gestern abend einmal ausnahmsweise zum Wort herabsteigen und in die Massenversammlung kommen sollen, die sich im Gewerkschaftshaus mit dem Geschenktwurf, betr. die Warenhaus- und Konsumvereinststeuer, beschäftigte. Dort hätten sie Gelegenheit gehabt, des Volkes Stimme zu hören; sie hätten mit eigenen Augen sehen können, wie gewaltig die Empörung weiter Kreise unseres Volkes über das geplante Attentat auf die Taschen der Konsumenten in Form der Warenhaussteuer ist. Die Herren waren jedoch nicht erschienen; was kümmert sie der Volkes Wille; für sie ist ausschließlich maßgebend der Wille einzelner interessierter Kliken.

Zum mindesten aber hätte erwartet werden müssen, daß die Bürgerschaftsmitglieder, die doch letzten Endes über den Geschenktwurf die Entscheidung zu fällen haben, der an sie ergangenen Einladung zum Besuch der Versammlung gefolgt wären. Dieser eigentlich selbstverständlichen Pflicht haben sie sich mit wenigen Ausnahmen entzogen. Schonen sie sich vor der Meinung des Volkes oder ist sie ihnen Luft? Vielleicht geben uns die Herren bei passender Gelegenheit hierauf die Antwort!

Der Einladung des Vorstandes des hiesigen Konsumvereins, nachhaltig Protest zu erheben gegen das geplante und bereits vom Bürgerausschuß genehmigte **U s n a h m e s t e u e r g e s e z**, war die Lübecker werftätige Bevölkerung in hellen Haufen gefolgt. Der geräumige Saal unseres Gewerkschaftshauses war bis auf den letzten Platz gefüllt. Kurz vor 9 Uhr eröffnete Genosse Henze die Versammlung mit einigen einleitenden Worten und erteilte dann dem Referenten des Abends, dem Sekretär des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine, dem Genossen **J. B i e t h** aus Hamburg, das Wort. Derselbe führte ungefähr folgendes aus:

Als die Arbeiterschaft Deutschlands in die politische Arena trat, wurde ihr von verschiedenen Seiten, insbesondere von liberaler, der Rat gegeben, sie solle sich mehr der Selbsthilfe zuwenden, um dadurch eine Besserung ihrer Lage zu erzielen. Als Mittel der Selbsthilfe wurde die Gründung von Genossenschaften empfohlen. Die Arbeiter haben unbekümmert um diese Ratschläge den Weg beschritten, den sie für richtig hielten. Sie haben nicht darauf verzichtet, Einfluß auf die Staatsgewalt zu gewinnen, sie haben aber auch, insbesondere in den letzten beiden Dezennien dem Genossenschaftswesen ihre Aufmerksamkeit geschenkt. Hunderttausende von Arbeitern sind während dieses Zeitraumes den Konsumvereinen beigetreten. Diefelben Kreise nun, die früher den Arbeitern die Genossenschaften als Allheilmittel anpriesen, schreien und streben heute nach Unterdrückung der Genossenschaften, reden Ausnahmesteuern gegen dieselben das Wort. Diese Steuern haben für die Konsumvereine recht nachteilige Folgen. Früher wurde die Rückvergütung nicht zur Steuer herangezogen. Man ging von dem durch aus richtigen Standpunkt aus, daß nur das als Einkommen zu bezeichnen sei, was eine Vermögensvermehrung in sich birgt. Die Rückvergütung bedeutet aber nur eine Einkommensersparung; sie ist kein Gewinn, sondern nur eine durch gemeinsamen Wareneinkauf erzielte Ersparnis. Aus diesem Grunde ist es auch ungerathen, sie durch eine Gewerbe- oder Einkommensteuer zu belasten. Hierüber sind sich alle Kapazitäten des Steuerrechts einig. Auch das Reichsgericht, sowie das preussische Obergericht haben sich mehrfach auf denselben Standpunkt gestellt, genau so wie die Regierungen der Einzelstaaten. Dann setzte die Hege gegen die Konsumvereine ein. Sie war der Anlaß, daß die Regierungen ihren bisherigen Rechtsstandpunkt verließen, um ein Steuerrecht zu schaffen. Man zog auch die Summe der Ersparnis der organisierten Konsumenten zur Einkommen- und Gewerbesteuer heran. In einem Jahre haben die dem Zentralverbande angeschlossenen Konsumvereine **2 7 6 1 4 3 3** Mk. oder **1 2** Prozent der erzielten Erübrigung an Steuern zahlen müssen. Doch nicht genug, daß man die Konsumvereine durch Einkommen- und Gewerbesteuer belastete, man schuf noch eine weitere steuerliche Drangsalierung. Kreußen, der Ort des Rückschritts, unterstellte die Konsumvereine der Warenhaussteuer, die einschränkenden Bestimmungen zugunsten der Privatbetriebe wurden für die Konsumvereine aufgehoben. Das führte zu empfindlichen Zwischenfällen. Der Konsumverein Bremerhaven und Umegegend, der auch im Breußen einige Verkaufsstellen besitzt, führte nebenbei einige Haushaltungsgegenstände. Er sollte nun auf eine Verurteilung hin zur Warenhaussteuer herangezogen werden. Verlangt wurde für die letzten drei Jahre die Kleinigkeit von **6 5 0 0 0** Mk. Nach einem mehrjährigen Prozeß wurde der Betrag auf **2 8 0 0 0** Mk. herabgesetzt. In Langenbielau, diesem armen Weiberdorf, verlangte die Behörde vom Konsumverein eine jährliche Warenhaussteuer von **8 0 0 0** Mark. Diese den Armen der Armen abgepreßte Summe diente dann in einem Jahre dazu, daß die anderen Gewerbebetriebe gewerbesteuerfrei blieben. Die großen Konsumvereine unserer industriellen Betriebe, die doch derselben Art wie die Konsumvereine sind, werden nicht von der Warenhaussteuer erfaßt. Das nennt man dann Gerechtigkeit. In Sach en wurde eine direkte Umsatzsteuer für Konsumvereine eingeführt; dieselbe kann bis zu 2 Proz. des Umsatzes betragen. In Hamburg hat man für sich auch eine Umsatzsteuer eingeführt. 8 Proz. des Umsatzes sind als Reingewinn zu beneuern, unbekümmert darum, ob der Verein überhaupt einen Reingewinn aufzuweisen hat oder gar mit Verlust arbeitet. Mecklenburg hat jetzt eine ähnliche Steuer eingeführt. Nun wird zur Begründung dieser steuerlichen Ungerechtigkeiten angeführt, die Konsumvereine seien schuld, daß es dem Mittelstand schlecht geht. Was ist denn überhaupt Mittelstand? In der Hauptsache das große Heer der privaten, staatlichen und kommunalen Beamten. Die Händler machen nur einen Prozentteil des Mittelstandes, nicht aber den Mittelstand aus. Die Konsumvereine sind an allem schuld, wenn ein Geschäft schlecht geht oder gar pleite macht. Die Händler sollten einmal selbst die wahren Ursachen nachprüfen, warum es ihnen schlecht geht. Die Überfüllung in diesem Berufe trägt hieran die Hauptschuld. Im übrigen ergibt die Berufs- und Gewerbebezahlung eine enorme Zunahme der Händler in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. 1882 waren **1 5 3 0 0 0** Betriebe dieser Art vorhanden; sie stiegen 1895 auf **2 0 5 0 0 0** und 1907 gar auf **3 3 7 0 0 0**. In 25 Jahren trat also eine Vermehrung der Händler dieses einen Zweiges um **1 1 9** Proz. ein, das ist eine 3/4-mal so große Vermehrung als die Zunahme der Bevölkerung im gleichen Zeitraum. Die Händler sollten ihre Betriebsmethoden verbessern und selbst einmal die Bedürfnisfrage und die Kapitalfrage prüfen. Anstatt das aber zu tun, schimpfen sie auf den Konsumvereine und fordern eine progressive Umsatzsteuer für Konsumvereine.

die Preise der wichtigsten Fleischsorten im Kleinhandel Preußens nicht unerheblich gegenüber der zweiten Hälfte des Dezember 1912 angezogen. Schweinefleisch und Kalbfleisch waren seit dem Oktober etwas im Preise gesunken. Jetzt sind die hohen Preise von damals wieder erreicht. Nur das Rindfleisch wird noch zu dem billigeren Preise verkauft. Es betrug im Durchschnitt der Preis des Rindfleisches 182,6, Kalbfleisch 205,6, Hammelfleisch 191,1 und Schweinefleisch 185 Pfg. Diese Preise gelten für die erste Hälfte Januar. Seit dem Dezember 1912 ist das eine Steigerung bei Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch um je rund 3 Pfg. Gegen das Jahr 1909 ist das Rindfleisch gestiegen pro Kilo um 27, das Kalbfleisch um 34, das Hammelfleisch um 29 und Schweinefleisch um 28 Pfg. Selbst das Pferdefleisch ist unter der allgemeinen Fleischaufwertung um über 20 Pfg. im Preise gestiegen.

## 122 Millionen Mark Einfuhrscheine.

Mittels Einfuhrscheine ist im Kalenderjahr 1912 der Zoll im Betrage von 122,0 Millionen Mark bezahlt worden gegen 104,4 Millionen im Jahre 1911 und 122,4 Millionen im Jahre 1910. Von den 122 Millionen des Jahres 1912 kamen 80,9 Millionen Mk. auf Weizen und Spelz, 17,4 Millionen Mk. auf Hafer, 13,5 Millionen Mark auf Roggen, 8,1 Millionen Mk. auf andere Malzgersten, 2,2 Millionen Mk. auf trockene Hülsenfrüchte, 0,9 Millionen Mk. auf Malzgerste, 0,5 Millionen Mk. auf Buchweizen und 0,4 Millionen Mk. auf Raps und Rübsamen. — Diese 122 Millionen Mk. müßten eigentlich zum großen Teil in den Kassen des Reiches sein, statt dessen sind sie in die Taschen der Agrarier geflossen.

## Arbeitsplan des Reichstags.

Der Seniorenkonvent befaßte sich am Dienstag mit dem Arbeitsplan des Reichstags für die nächsten Tage. Am Mittwoch steht die Polen-Interpellation auf der Tagesordnung. Voraussichtlich wird der Reichskanzler die Beantwortung der Interpellation ablehnen. Nach den neuen Bestimmungen der Geschäftsordnung wird die Besprechung auf Antrag aus dem Hause heraus aber trotzdem stattfinden. Am Donnerstag soll dann das Gesetz über die Zollerleichterung bei der Fleischzufuhr in zweiter Lesung beraten werden. Dann wird die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern zu Ende geführt. Im Anschluß daran gelangt der sozialdemokratische Wahlrechts-Initiativantrag zur Verhandlung. — Von verschiedenen Seiten wurde der Wunsch ausgesprochen, auf die Redner einzuwirken, sich möglichst der Kürze zu befleißigen.

## Türkei.

Zur Lage. Nach einer Depesche aus Konstantinopel laufen dort Gerüchte um, daß in der Armee vor Eschatschisch zwischen den Anhängern der Jungtürken und denen des erschossenen Kriegsministers Nazim Pascha ernste Zwistigkeiten entstanden seien. Es sei sogar zu einem blutigen Konflikt unter den Truppen gekommen. Eine authentische Bestätigung dieser Berichte fehlt. Einem Mitarbeiter des „Osmanischen Echos“ erklärte Enver Bey: „Die Männer, die Donnerstag nachmittag auf der Porte erschienen, bezweckten nur die Rettung des Vaterlandes. Sie werden ihre Aktion bis zu Ende durchführen.“ Auf die Frage, ob es sich bestätigt, daß Enver ein wichtiges Kommando erhalte, erwiderte dieser: „Ich bin Generalstabschef des zehnten Armeekorps, dem beim Wiederbeginn des Krieges eine wichtige Rolle zufiele, und sehe keinen Grund zu einer Veränderung, aber falls die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden müssen, werden wir sehen.“ Der Interviewer fragte dann, ob Enver Bey an den Wiederbeginn des Krieges glaube. Enver antwortete: „Falls es erforderlich ist, werden wir nicht zögern, die Feindseligkeiten wiederzubeginnen. Sie können sicher sein, daß wir in den Punkten, die uns am Herzen liegen, nicht zurückweichen werden.“

Die Antwort der neuen Regierung auf die Kollektivnote der Großmächte ist fertiggestellt und soll heute überreicht werden. Aber den Inhalt verlautet nichts. Auch die Balkanverbündeten arbeiten eine Note aus.

Ein Malisfore berichtete in der österreichischen Hafenstadt Cattaro: Die Albaner (Mirditen, Mati und die von Dibra) haben sich erhoben und leisten den Serben hartnäckigen Widerstand. In einem der Gefechte, die in der letzten Zeit stattfanden, fielen zirka 1200 Serben, darunter auch sehr viele Offiziere. Die serbischen Heeresreste von Durazzo sind von den Serben gänzlich abgeschnitten. Sie können sich nur über Montenegro oder zu Meer mit ihrer Regierung in Verbindung setzen. In dem Orischen Braka herrschen die schwarzen Platten; in Durazzo die und der Typhus. Es sterben täglich bis zu 50 Leute und mehr. Die Städte Prizrend und Schakowa befinden sich in einer sehr schweren Lage, da die Albanen sie von allen Seiten belagern und bekümmern. Der serbische Kommandant sah sich veranlaßt, von seiner Regierung schleunigst Truppennachschübe zu verlangen. Der Kommandant von Skutari, Esad Pascha, erhielt vom Militär Wali die Erlaubnis, die albanische Flotte zu hassen und gleichzeitig alle Militärs und alle Albanen vereint für die Autonomie Albaniens solange in Kampf zu stellen, bis von seiten der osmanischen Regierung irgend eine neue Ordre eintrifft.

## England.

Die Wahlreform ist ge scheitert. Die Regierung hat ihre Bill zurückgezogen; somit ist sie, und damit die Ausdehnung des Wahlrechts der Männer sowie die Einführung des Frauenwahlrechts auf unbestimmte Zeit verjagt. Den äußeren Anlaß zu die em Mandover gaben formale Schwierigkeiten, die in der schwerfälligen Geschäftsordnung des englischen Parlaments ihren Ursprung haben. Tatsächlich aber ist das Frauenwahlrecht auch einem großen Teil derer, die sich öffentlich dazu bekennen, höchst unangenehm, und so freute man sich, einen torachen Grund gefunden zu haben.

Die Suffragetten wollen nun ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Das kann man ihnen nicht verdenken, nur sollten sie nicht wieder zu den alten Quasimodien greifen. Leider scheint das der Fall zu sein; denn gestern haben sie sich in London und Dublin wieder nach Art böser Taten aufgeführt, Fensterkerzen eingeschlagen usw.

Aber diesen Vorschlag ließe sich umsomehr reden, als die Farmer in Südwestafrika schon seit einiger Zeit lebhaft darüber klagen, daß sie keinen Absatz für ihr Vieh haben. Von einer Vieheinfuhr aus dem Schutzgebiet nach Deutschland wollten aber weder die Regierung noch die Agrarier etwas wissen. Der Versorgung der Armee oder eines Teiles der deutschen Bevölkerung mit Fleisch oder Fleischprodukten steht aber auch der Umstand hindernd im Wege, daß die deutschen Kolonien Zoll-Ausland sind, jedoch alle Produkte, die von dort kommen, nicht bloß zollpflichtig sind, sondern auch allen den Schikanen unterliegen, durch welche die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland erschwert werden soll. Die Agrarier werden natürlich für die Kolonie keinen Pfennig mehr bewilligen, wenn ihnen dort eine Konkurrenz entstehen soll.

## Ein „kautinisches Joch“ für die Nationalliberalen.

Die freikonservative Reichspartei, die bei den letzten Wahlen so empfindliche Schläge erhielt, sucht alle Verhältnisse gut zu machen und gründet Provinzialverbände, um die Agitation zu beleben. Am Sonnabend ging diese Gründung in Schlesien vor sich, der bekannte Führer Abg. v. Dirksen wurde zum Vorsitzenden gewählt. Im Verlaufe der Verhandlungen beschäftigte sich der zweite Vorsitzende, Regierungsrat Meßer-Breslau mit der Stellung der Freikonservativen zu den übrigen Parteien und stellte dabei den Nationalliberalen folgende lebenswürdige Bedingungen: „Falls die Nationalliberalen auf eine Annäherung an uns oder gar auf ein Bündnis mit uns Wert legen, müssen wir die unbedingte Forderung erheben, daß sie nicht nur unter völliger Abkehr von ihrer radikalen Linksschwenkung die Großblockbrücken hinter sich abbrechen, sondern, daß sie gleichzeitig auch durch uns den Deutschkonservativen zur Veröhnung die Hand bieten und mit uns auf einer mittleren Linie sich vereinigen und nicht bloß scheinbar, sondern mit vollem Ernst und aller Entschiedenheit den Kampf aufnehmen gegen die gefährlichste Gegnerin unseres Staatswesens, die Sozialdemokratie.“

Für die 13 Reichstagsmandatäre der Freikonservativen eine reichlich anmaßende Sprache. Den Nationalliberalen freilich kann man das bieten, sie stellten in Schlesien ja selbst der Fortschrittlichen Volkspartei die Bedingung, daß im Falle eines gemeinsamen Vorgehens der beiden liberalen Parteien die Volkspartei nicht für einen Sozialdemokraten stimmen darf!

In der Gründungsversammlung der neuen freikonservativen Organisation forderte Freiherr v. Zedlig ein viel entschiedeneres Übergewicht Preußens in der Gesetzgebung des Reiches, denn die radikale Haltung des Reichstags färbe auf diejenigen Organe der Regierung ab, die mit diesem Reichstags zu leben gezwungen seien. Redner führte als Beweis das — Reichsamt des Innern an: auch die Unrechthaltung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes sei nur dem preussischen Landwirtschaftsminister zu danken, die Reichsämter wären geneigt gewesen, nachzugeben. Deshalb müsse Preußens Einfluß noch gestärkt werden.

## Der Kampf um die Erbschaftsteuer.

Die Ausführungen des odenburgischen Ministers Ruhbraut über das Festhalten Odenburgs an der Erbschaftsteuer haben den „Dresdener Anzeiger“ veranlaßt, mit allem Nachdruck nochmals die Stellung der sächsischen Regierung zu dieser Steuer darzustellen. Den Ausführungen des Ministers Ruhbraut wird rückhaltlos beigestimmt und dann ausgeführt:

Wahrscheinlich hätte sich auch der ganze Bundesrat einhellig für den Ausbau der Erbschaftsteuer erklärt, wenn dagegen nicht parteipolitische Bedenken erhoben worden wären. Aber diese Bedenken, die doch nur in den gegenwärtigen Parteiverhältnissen wurzeln, müssen weit zurücktreten gegen die Schädigung des bundesstaatlichen Prinzips, die in der Einführung jeder irgendwie gestalteten direkten Reichsteuer liegt. Denn diese Schädigung ist eine dauernde und erschüttert den Grundbau des Reiches, während Parteikonkussionen naturgemäß vorübergehen und durch zähe Haltung der Regierung überwunden werden können. Übrigens sind die parlamentarischen Ausschüßen der Vermögenszuwachssteuer nach dem Urteil unbefangener Beobachter nicht besser, sondern eher schlechter als die eines lo oder oder so gestalteten Ausbaues der Erbschaftsteuer.“

Sachien hält also durchaus an dem Gedanken der Erbschaftsteuer fest und aus den obigen Ausführungen ergibt sich zur Genüge, daß der Widerstand wieder einmal bei dem unerbittlich verpönten Preußen liegt. Lediglich mit Rücksicht auf die Junker will Preußen von einer Erbschaftsteuer nichts wissen. Am 31. März sollen dem Reichstag die Beihilfevorlagen zugehen, heute sind die Verbündeten Regierungen noch weit entfernt von einer Einigung über die Art der Steuern, die dem Reichstag vorzulegen werden sollen. Wenn nun der Schatzkämmerer Kuhn, was höchst wahrscheinlich ist, von seinem Amte zurücktritt, dann wird die Lösung des Problems noch mehr erschwert, weil sein Nachfolger sich in diese ganze Komödie der Straungen und Wirrungen einmischen muß, jedoch es höchst möglich erscheint, daß dem Reichstag zu dem verabschiedeten Terrain die Vorlagen überhaupt werden zugehen können.

## Zur Zensur.

Die Stichtwahrung von Frankfurt a. M. hat den Bezug von holländischem Vieh eingestellt, weil angeblich in Folge der Bestimmungen nach Deutschland die Viehpreise in Holland so stark angezogen haben, daß sie mit Berücksichtigung der Straen und anderer Spesen keinen billigeren Preis als für deutsches Vieh gestatten. Mit dem Kreise Weidenau im September will die Stadt einen Weidenau ab schließen. Der Kreis wird Großvieh für Rechnung der Stadt stellen. Die Stichtung des Halbfleisches zu halben Preis wird außerdem die Schweinehaltung überlassen. Die beiden Maßnahmen heißt man Entlastung der Stichtwahrung auf dem Frankfurter Viehmarkt zu sein.

Sozialdemokratie zeigt sich übrigens ein erneutes Steigen der Viehpreise. In der ersten Hälfte des Jahres haben

eine, eine Einkommensteuer für dieselben und die Stellung der Verbraucherfrage. Die Entscheidung darüber, ob ein Konsumverein erichtet werden darf, wollen aber die Händler selbst haben. Daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht nur völlig steuerfrei bleiben, sondern sogar noch staatliche Unterstützung erhalten, das kennzeichnet so recht den Charakter der Ausnahmesteuern gegen die Konsumvereine. Diese Ungerechtigkeiten haben aber das eine Gute gehabt, daß die Konsumenten in Deutschland auf den Wert der Konsumvereine aufmerksam wurden; ein gewaltiger Aufschwung der letztgenannten Vereine war die Folge. Jetzt kommt auch die liberale Regierung und versucht zum zweiten Male, eine Ausnahmesteuer einzuführen. Das versucht die Regierung einer Gansstadt, in der hanseattlicher Geist herrschen sollte. Dielem Geist, der einst sicherlich Großes geschaffen hat, aber widerspricht es, wenn man durch Ausnahmesteuern die wirtschaftliche Entwicklung hemmend und hindernd in den Weg tritt. Die privatkapitalistische Entwicklung, die zum Großbetrieb führt, preist man, wenn aber Arbeiter sich zu einem Großen, Ganzen als Konsumenten zusammenschließen, dann ist das ein Kardinalverbrechen. An Stelle des hanseattlichen Geistes ist in Lübeck jetzt ein ganz gewöhnlicher Spießbürgergeist getreten. Kleinliche Spießer haben heute das Geiß in Händen in den beiden angesehensten Republiken. Die Umsatzsteuer ist die rohste Form der Steuer. Erleichternde Bestimmungen, die für Warenhäuser gelten, scheidet man auch hier ohne weiteres für die Konsumvereine aus, was Redner auf Grund der vorgeschlagenen gesetzlichen Bestimmungen eingehend nachweist. Das vorgeschlagene Gesetz ist ein direktes Ausnahmesteuergesetz gegen den hier bestehenden Konsumverein. Und so etwas wagt man zu unternehmen in einer Zeit der allgemeinen Forderung, nachdem man selbst zugeben muß, daß die Waren durch direkten Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten verbilligt werden. Eine ganze Reihe Konsumvereine haben Notstandsaktionen unternommen, zur Strafe dafür will man sie mit Ausnahmesteuern belegen zugunsten einer Anzahl rückständiger und beschränkter Leute. Derartige Steuern drücken den Konsumenten außerordentlich, die Staatskasse aber füllen sie nur in verhältnismäßig geringem Umfange. Nicht steuerrechtliche Gründe sind hier maßgebend, sondern sogenannte mittelständlerische. Man sollte meinen, daß die liberale Regierung aus den Verhältnissen gelernt hätte. Die ersten Staaten, die mit Sondersteuern gegen die Konsumvereine vorgingen, möchten dieselben jetzt gerne wieder aufheben. In Sachen hat man z. B. die früher eingeführte Umsatzsteuer wieder aufgehoben. Die erhofften Wirkungen sind eben nicht eingetreten, sondern das gerade Gegenteil. Unsere Bewegung schreitet allüberall vorwärts. Auch in Preußen erkennt man die schlimmen Wirkungen einer derartigen Ausnahmesteuer. Die Lübecker Bürgerschaft sollte diese Ausnahmesteuer in den Ort verschwinden lassen. Wenn sie das aber nicht tut, dann werden die Lübecker Konsumenten hieraus die Konsequenzen ziehen, dann werden sie den Kampf aufnehmen und dahin streben, daß auch der letzte Konsument sich dem Konsumverein anschließt. Wir wünschen den Kampf nicht, wenn er uns aber aufgebrängt wird, dann wollen wir nehmen ihn auf. Den Lübecker Bürgerchaftsmitgliedern aber rufe ich zu:  
Nicht lernet sein!  
Ihr seid gewarnt!  
(Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende forderte nunmehr etwaige Gegner dieser Ausführungen auf, das Wort zu nehmen. Es meldete sich jedoch niemand.

Sobann nahm das Wort Genosse B. Löwig: Die Ausführungen des Referenten waren in jeder Weise zutreffend. Nur ist die Hoffnung, daß die Lübecker Bürgerchaftsmitglieder aus den Erfahrungen in Hamburg und Sachsen die richtige Lehre ziehen werden, nicht sehr groß. Das zeigt schon die Haltung der Mehrheit des Bürgerausschusses, welche das geplante Ausnahmesteuergesetz gegen weite Konsumentkreise der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfahl, während vor zwei Jahren der Bürgerausschuß die ganz gleiche Vorlage ablehnte. Daß es sich hier um ein Ausnahmesteuergesetz handelt, ist auch vor zwei Jahren in der Bürgerschaft ausdrücklich von den Vätern der Vorlage zugegeben worden, die es selbst als einen Schutz Zoll für die Gewerbetreibenden und als ein Abschreckungsmittel bezeichneten. Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich gegen Ausnahmesteuern und bekämpft deshalb das geplante Unrecht auf das entschiedenste. Unser Programm fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche den Interessen der Allgemeinheit entgegenstehen. Namens des Vorstandes der hiesigen sozialdemokratischen Partei habe ich Ihnen hier zu erklären, daß wir, getreu unseren Grundsätzen, energisch dahin wirken werden, innerhalb und außerhalb der Bürgerschaft, daß die volksfeindliche Vorlage des Senates nicht Gesetz wird. (Lebh. Beifall.) Hoffentlich werden auch die Liberalen, von denen mehrere Bürgerchaftsmitglieder in diesem Saale anwesend sind, mithelfen, die Sonderbesteuerung zu Fall zu bringen. Auch sie sind ja nach ihrem Programm gegen ungerechte Steuern. Vor zwei Jahren haben allerdings eine Anzahl Liberalen in der Bürgerschaft für die Vorlage gestimmt. Sollte die Bürgerschaft jedoch entgegen dem Willen der großen Mehrheit der Lübecker Einwohnerchaft die Sonderbesteuerung der hiesigen Konsumentenorganisation und der Warenhäuser beschließen, so wird sicherlich auch das eintreten, worauf der Referent hinwies, nämlich die rapide Zunahme der Zahl der konsumgenossenschaftlich organisierten Arbeiter. Dann erweist sich das Gesetz als Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. (Lebhafte Zustimmung.)

Zum Schluß dankte der Vorsitzende den erschienenen Bürgerchaftsmitgliedern und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie mittheilten, diese Ausnahmesteuer zu Fall zu bringen. Solange aber das Gesetz drohe, müsse sich jeder Konsument zum Beweise dafür, daß er nicht einverstanden sei mit dieser Steuer, in den Konsumverein aufnehmen lassen. Das sei die beste Antwort auf das Vorgehen der Väter dieses Ausnahmesteuergesetzes. Redner schlug dann vor, das Bureau mit einer im Sinne des Referats gehaltenen Eingabe an die Bürgerschaft zu beauftragen. Die Versammlung erklärte sich zustimmend. Mit einem warmen Applaus zur reuen Motivation für den Konsumverein wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

**Mittwoch, 29. Januar.**  
Das Parteisekretariat ist von Donnerstag bis Sonnabend dreier Woche nur in den Abendstunden von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr geöffnet.  
Die Bürgerschaft hält am Montag, dem 10. Februar, und am Dienstag, dem 17. Februar, abends 6 Uhr, Sitzungen ab. Es liegt schon jetzt so viel Material vor, daß kaum anzunehmen ist, daß dasselbe in zwei Sitzungen erledigt werden kann.

Die von den Gewerkschaften und Genossenschaften beschlossene Volks-Fürsorge-Arbeiterversicherungsgesellschaft bestehende Versicherungsgesellschaften, denen es nur um Ge-

winn für ihre Aktionäre zu tun ist, sich noch mehr als bisher an die Arbeiter zu wenden und sie zum Abschluß von Versicherungen zu bewegen. Auch sucht man Agenten aus Arbeiterkreisen für derartige kapitalistisch betriebene Versicherungen zu gewinnen. Demgegenüber ist es notwendig darauf hinzuweisen, daß alle diese Versicherungen mit der neuen Volksfürsorge nichts zu tun haben.

**b. Schöffengericht vom 28. Januar.** Ein Stallschweizer S. fungierte bei einem Herbergswirt in Reinfeld als „Pennebos“. Im Dezember wurde er mit vier deutschen Reichsmark nach Lübeck gefandt, um ein Fahrrad einzulösen. Mit den übrig bleibenden anderthalb Mark neigte sich S. die Zunge und als die Kette trotzdem noch nicht feucht genug war, versetzte er das fremde Fahrrad. Die erhaltenen 20 Mark gingen in der Nacht auch noch drauf. Die letzten Groschen dienten als Zehrpfennig für die Weiterreise nach Eutin und Plön. Hier stellte er sich der Polizei, die ihn hierher brachte, wo ihm wegen Unterschlagung 2 Monate Gefängnis diktiert wurden. — Der Unfall des Steuerzahlers. In nicht geringer Mut geriet der Schmied B., als ihm ein Beamter den Steuerzettel für seinen Schwager überreichte. „Was soll der für auch Wagnisbonnen auch noch Steuern zahlen?“ schrie er den Beamten an und warf ihm den kostbaren Schein in Fehden vor die Füße. An die Steuerbehörde selbst schrieb er in unverdächtigem Andernemselbst eine längere Erklärung über seine Abneigung vor derartigen amtlichen Zetteln und bedeutete, daß der Gerichtsvollzieher ruhig kommen könne. Diese Behandlung trug ihm eine Anklage wegen Beamtenehrlidigung ein. Daraus „befuchte“ B. erst Dänemark, kam zurück, wurde festgenommen und dann gegen Kautions entlassen. Die neue Heil- und Pfllegeanstalt Strednig nahm ihn hierauf 6 Wochen zur näheren Untersuchung auf. Hier stellte sich zwar heraus, daß der Schmied die erste Zeit den völlig unzugänglichen Verriichten simuliert, nicht gefestigt, aber geistig sehr beschränkt ist. Seine Bildung siehe weit unter dem Durchschnitt von seinesgleichen. Die Urteilsfähigkeit stehe nicht weit über derjenigen eines Kindes. Zeitweise leide er an fränkhafter Störung der Geistestätigkeit, die die freie Willensbestimmung ausschließt. Dieser Fall traf auch zu, als ihm der Steuerassessor Visitte machte und so unhöflich empfangen wurde. Daher erfolgte auch seine Freisprechung. — Zwei junge Arbeiter aus Osterreichisch-Polen wollten auf dem Wege zum Hofschloß zwei Sade Weiz gefunden haben. Sie legten diese beiseite, trugen sie andern Tags nach Lübeck zum Althändler, rissen jedoch aus, als beim Angebot Zweifeln aufstauten. Da die Herkunft der 80 Pfund Weiz nicht mit Bestimmtheit nachgewiesen werden kann, kommt nur Unterschlagung in Betracht. S., der erst 17 Jahre alt ist, erhielt 5 Tage und B. eine Woche Gefängnis. — Zwei Tage muß auch ein Arbeiter A. in Staatspension gehen. Er stibitzte einem Rutscher die so notwendige Peitsche, warf sie aber, als die Angst zu groß wurde, in den nächsten Straßengraben. — Der § 316 wurde auch dem Bierfahrer B. zum Verhängnis, weil seine Berechnung nicht so genau zutraf, wie er sie im Augenblick vor der Gefahr sich ausgemalt hatte. Im Dezember fuhr er mit dem schweren Bierwagen die Braunstraße herab, die Pferde waren im leichten Gang, die leeren Flaschen auf dem Wagen klapperten und ließen ihn das Glockenzeichen überhören; da kam von der Hofstendbrücke her die Elektrische. Der Versuch des Rutschers, mit seinen Gäulen das Gleise noch zu überqueren, mißlang, auch das Ausweichen nach rechts oder links glückte nicht mehr recht. Die Elektrische mußte mit einigen neuen Scheiben versehen werden, der Rutscher wickelte seine zerbrochene Laterne ein und bog das Trittbrett zurecht. Die im Wagen befindliche Spezialmarke „Hansa“ blieb unverfehrt. Das Portemonnaie wird um 10 Mark erleichtert; ferner beträgt die zuerkannte Strafe für fahrlässige Gefährdung eines Eisenbahntransports. — Im Oktober v. J. ereignete sich an der Herrenbrücke ein Autounglück, bei dem ein Mitfahrender tödlich verunglückte. An dieses Unglück erinnerte die heutige Schöffengerichtsverhandlung, in der der Besitzer des Autos, Privatmann A., gegen eine polizeiliche Strafverfügung von 20 Mark richterliche Entschädigung beantragte. Diese Geldstrafe ward ihm zuerkannt, weil er eine Uebertretung gegen die Brückenverordnung begangen haben sollte. A. kam von Rüditz auf die Herrenbrücke zugefahren. Die Nacht soll ziemlich dunkel gewesen sein, so daß das rote Licht auf der Herrenbrücke dem Führer nicht gleich als Warnungssignal von weitem habe dienen können. Ein Wageninsasse machte ihn im letzten Moment darauf aufmerksam. Die plötzlich in Tätigkeit gesetzte Bremse mußten alle im Auto Sitzenden verpirrt haben, so behauptet wenigstens A., der sich als ruhiger und sicherer Fahrer ausgibt, aber in gewissem Grade an Farbenblindheit leiden will. Daher habe er das rote Licht nicht gleich als solches erkannt, sondern glaubt, es stehe ein Brückenwärter an der Seite, der die Karte abnehmen wollte, die schon auf der Herfahrt gelöst war. So stieß das Auto gegen die Brückenschwelle, zerstörte das Glas der Laterne und verbog einige Stäbe der Schranke. A. behauptet, nur ganz mäßig gefahren zu haben und völlig nüchtern gewesen zu sein. Das bestätigen auch die Zeugen. Das Gericht verwarf den Einspruch und verurteilte A. auf Grund lübscher Verordnungen in idealem Zusammenhang mit dem Reichsgesetz über Kraftfahrzeuge zu 20 Mk. Geldstrafe. Der Einsprucherbende sei doch nicht in dem notwendigen langsamen Tempo gefahren, trotzdem ihm die Nähe der Brücke bekannt sein mußte. A. war an richterlicher Entscheidung wohl auch deswegen gelegen, da bekanntlich w e n i g e M i n u t e n a c h h e r das Auto sich plötzlich quer stellte, wodurch ein Insasse herausgeschleudert wurde und solche Verletzungen erlitt, daß er an deren Folgen starb. Auch die anderen Mitfahrenden waren einige Zeit benennungslos. Gegen A. ist deshalb auch eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet.

**Im Hansatheater** gibt das ausgezeichnete Schlierleer-Ensemble nur noch bis Freitag einschließlich Vorstellungen. Wer die Schlierleer noch nicht gesehen hat, der sollte diese letzte Gelegenheit dazu benutzen. Am Sonnabend eröffnet das Hamburger Operentheater ein Gastspiel mit der glänzenden ausgearbeiteten Revue „Kund um die Welt“. In dem Stück, das Szenen aus dem Hamburger Leben humorvoll vorführt, wirken auch die Gebrüder Wolff, die in Hamburg einen geradezu sensationellen Erfolg hatten, als Fietje und Tedsje mit.

**Neues Stadttheater.** Aus der Kaspel wird uns geschrieben: Die zweite Hälfte des Wochenplans gibt außer den beiden Wiederholungen „König für einen Tag“ und „Eva“ am Donnerstag und Freitag am Sonnabend in „Jug“, einem Drama des Lübecker Dichters Johannes Traulow eine wertvolle und — da sich die Handlung auf dem Boden der alten Lübecker Vergangenheit abspielt — ohne Zweifel auch sehr interessante Erstaufführung. Das Drama, ging bereits mit großen Erfolgen über verschiedene erste Bühnen. In „Hoffmanns Erzählungen“ am Sonntag erweist die Hofopernsängerin Hedwig Francilla-Kaufmann vom Stadttheater in Hamburg in einem neuen Gastspiel als Olympia, Tullette und Antonia durch ihre ausgezeigte und vornehme Kunst. Weiter wird noch einmal darauf hingewiesen, daß zur Aufführung des Ribelungentings am 4., 7., 10. und 13. Februar ein besonderes Abonnement aufgelegt ist. (Siehe Inserat.)

**Hamburg. Untergang eines Hamburger Seglers.** In der Nacht zum Dienstag ist der Dampfer

„Phryne“, von Algier nach Rouen bestimmt, auf der Höhe von Kap La Hague an der französischen Nordwestküste mit dem Hamburger Biermäster „Pangan“, der auf der Fahrt von Hamburg nach Balparaiso begriffen war, zusammengestoßen. Der Dampfer traf das Segelschiff mittig mit voller Wucht. Die „Pangan“ sank in kurzer Zeit. Vier Mann wurden von der „Phryne“ aufgenommen. Die übrigen 30 Mann der Besatzung werden vermisst. Die „Pangan“, der Reederei F. Laeisz gehörig, Kapitän Junge, war eine stählerne viermastige Bark von 2822 Registertons und im Jahre 1902 erbaut worden.

**Hamburg. Vom Bürgerchafts-Wahlkampfe.** Seit Beginn des Jahres tobt in der Stadt der Pfefferkade mit steigender Heftigkeit der Kampf um die Bürgerchaftsmandate. Mit der auf den 31. Januar angelegten Wahl wird er sein Ende erreichen. Es wird auch die höchste Zeit, denn die Redeschlachten, die allabendlich in zahlreichen Versammlungen geschlagen werden, nehmen immer drohendere Formen an, und der Zahl der ins Haus geschickten Flugblätter, in denen die aufgestellten Kandidaten in allen möglichen Tonarten gelobt und den Wählern empfohlen werden, kann man sich kaum mehr erwehren. Von den 132 aufgestellten Kandidaten können nur 36 gewählt werden, so daß also über 2/3 auf der Strecke bleiben müssen. Niemand will natürlich gern zu den Durchfallenden gehören, und so suchen denn die bürgerlichen Kandidaten mit allerhand Tricks schon vorweg sich möglichst viele Stimmen zu sichern. Ihre ganze Verwandtschaft und Bekanntschaft bis ins dritte und vierte Glied wird aufgeboden und muß sich verpflichten, für sie die Stimmen zu häufen. Nach dem famosen, durch den Wahlrechtsraub von 1906 geschaffenen Wahlsystem ist es nämlich möglich, daß ein Kandidat durch derartige Stimmenhäufung und Begatterung einen Sieg erringen kann. Was Wunder also, daß nicht große, auf das Gesamtwohl der Bevölkerung Rücksicht nehmende Gesichtspunkte im Wahlkampf maßgebend sind, sondern die kleinlichen Krämer- und Distriktsinteressen. So haben die Milchhändler, die Gemüsehändler, Zollbeamte, ja sogar die Schulleute ihre Sonderkandidaten aufgestellt, die sie durch Kumulation der Stimmen durchzubringen gedenken. Die sozialdemokratische Fraktion ist die einzige, die mit einer geschlossenen, politisch einwandfreien Liste auftritt. Die von unseren Genossen veranstalteten Versammlungen werden trotz der gewährten vollen Redefreiheit von den Gegnern geflissentlich gemieden, wogegen die Sozialdemokraten alle gemäßigten Wahlversammlungen besuchen, um das Wort zu nehmen. Das ist allerdings oft mit Schwierigkeiten verknüpft; denn die Gegner gewähren zum Teil gar keine oder doch nur eine sehr beschränkte Redefreiheit. Mit besonderer Heftigkeit wird Stellung genommen für oder gegen das jetzige Wahlrecht, die Einheitschule, die Konsumvereine. Eine klägliche Rolle spielen einige von den Bürgerlichen aufgestellte Renommierarbeiter christlicher oder gelber Couleur, die allabendlich zur Erheiterung unserer Genossen ihr Sprüchlein herbeten. Es ist wohl als sicher anzunehmen, daß von diesen Rabetten keiner jemals einen Bürgerchaftsstuhl „ziern“ wird. Hamburgs Sozialdemokraten werden am 31. Januar einmütig, wie sich das von selbst versteht, für die von der Partei aufgestellte Liste stimmen, um so viel Mandate herauszuholen, wie ihnen bei dem schändlichen Wahlsystem nur irgend möglich ist.

**Hamburg. Opfer des Eises.** Auf dem Außenmühlenteich ist Montag nachmittag ein 13jähriger Knabe, der sich mit zwei anderen Jungen auf das dünne Eis des Teiches gewagt hatte, in einer ziemlich Entfernung vom Ufer eingebrochen und ertrunken. Hilfe konnte ihm nicht gebracht werden. Die Leiche wurde geborgen.

**Schwerin. Dobritsches.** Obwohl das mecklenburgische Parlament bereits vor Wochen eine Sonderbesteuerung der Konsumvereine beschlossen hat, war es bis jetzt den Genossenschaften noch nicht möglich, den Wortlaut kennen zu lernen. Im mecklenburgischen Landtage werden solche Dinge vertraulich behandelt, und die Abgeordneten dürfen das ihnen zugefallene Material nicht bekanntgeben. Bevor also das neue Gesetz nicht im Amtsblatt bekanntgegeben ist, kennt niemand seinen Inhalt. Soweit einzelnen Genossen von Landtagsabgeordneten Mitteilungen gemacht sind, sieht das neue Gesetz vor, daß bei Konsumvereinen 10 Prozent des Umlages als Reingewinn gerechnet und von diesem bis zu 4 Prozent als Landessteuer erhoben werden. Sobald das Gesetz im Wortlaut bekannt ist, soll durch die Genossenschaftsmitglieder ein Flugblatt an die mecklenburgische Bevölkerung verbreitet werden, in welchem diese aufgefordert wird, sich nun erst recht der Konsumvereinsfrage zu widmen.

**Oldenburg.** Die patriotischen Länger in Oldenburg. Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, wurde in Heingendorf in Schlefien ein liberaler Vereinsvorsitzender auf eine Beschwerde hin von dem Amtsvorsteher v. Bernuth mit der Bemerkung abgefertigt: nur Kriegervereine brauchten die Volkzeitung nicht zu beachten. Zu dieser sonderbaren Ansicht wird uns ein Gegenstück aus Oldenburg berichtet: Dort ist das Stadtfinden von Vergnügungen an Sonnabenden unter sagt. Vor einiger Zeit hat der Landtag wieder beschlossen, dieses Verbot aufzuheben, jedoch zögert die Regierung noch immer mit der Ausführung des Beschlusses. Die Amtshauptleute erklären jedem Gewerkschaftsvertreter usw., der um Erlaubnis zur Abhaltung eines Vergnügens an einem Sonnabend ersucht, nur für patriotische Vereine, Kaisergeburtstags- und ähnliche Feste würde dieser Abend zu Festlichkeiten freigegeben. Dieses Vorgehen der oldenburgischen Regierung, denn diese steckt hinter den Maßnahmen der Amtshauptleute, ist durch nichts zu rechtfertigen und widerspricht auch, wie wir gesehen, der Entschiedenheit des Landtages. Und dann sage noch einer, das sei eine liberale Regierung.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Am 26. Jg.** — drei Monate Gefängnis! Ein unverständliches Urteil ist jetzt leider vom Reichsmilitärgericht beitätigt worden. Der bisher unbestraft gewesene Soldat Helbig vom Infanterie-Regiment Nr. 177 erwiderte auf dem verlassenen Schranke eines Kameraden nach Ausheben der Tür eine Mark, da kleineres Geld nicht zu finden war. Er war zur fröhlichen Zeit ohne jegliche Geldmittel, hatte schon einige Tage trockenes Brot gegessen und noch ein paar Groschen Walsgeld zu bezahlen. Man mag die Tat dreuen wie man will, das Motiv war zweifellos Not. Von dem entwendeten Gelde hatte H. 26 Pf. für Genußmittel verausgabt, die übrigen 74 Pf. waren ihm bald danach infolge seines sofortigen Genüßens wieder abgenommen worden. Die Sache kam zur Meldung, H. erhielt eine Anklage wegen schweren Diebstahls und wurde in Untersuchungshaft genommen. Strafantrag des Geschädigten lag nicht vor. H. behauptete vor dem Dresdener Kriegsgericht unwiderlegt, aus Not gehandelt zu haben; die letzte Löhnung habe er in der Dauwische für Busfachen verausgabt und Zuschüsse erhalte er nicht. Der Verteidiger des Angeklagten macht geltend, daß hier der § 243a der neuen Novelle zum Strafgesetze Anwendung finden müsse. Danach kann bei Anwendung oder Unterschlagung geringfügiger Werte aus Not eine Verurteilung nur eintreten, wenn Strafantrag der Geschädigten vorliegt. Im vorliegenden Falle hatte der Kamerad gar kein Interesse

an einer Strafverfolgung. Die Verteidigung vertrat den Standpunkt, daß diese Gesetzesbestimmung auch auf Soldaten anzuwenden sei. Der Vertreter der Anklagebehörde führte dagegen aus, daß die Voraussetzungen des § 248a hier nicht vorliegen, denn bei einem Soldaten, für den der Staat ausgiebig (2) sorgt, könne von einer eigentlichen Notlage nicht gesprochen werden! Man müsse auch die Konsequenzen berücksichtigen, die bei Annahme der Not entstehen; es gäbe dann beim Militär nur noch privilegierte Diebstähle aus Not, die alle straffrei bleiben müßten! Das Gericht schloß sich der Ansicht der Verteidigung an und erkannte auf Grund von § 248a auf Einstellung des Verfahrens. Es hat die Frage der Not bejaht und den Begriff „geringfügiger Wert“ für gegeben erachtet und ausgeführt, daß sich auch ein Soldat vorübergehend in Not befinden könne, somit auch in dem Gemüß der mildernden Gesetzesbestimmung kommen müsse. Der Urteilspruch schließt aber eine Disziplinarbestrafung nicht aus. Darauf wurde der Angeklagte, der einen Monat in Untersuchungshaft gesessen hatte, aus der Haft entlassen. Die dem Rechtsempfinden durchaus entsprechende Entscheidung wurde vom Gerichtsherrn mit einer Verurteilung angefochten, mit der Begründung, daß der § 248a zu Unrecht angewendet worden sei, auch habe man die Begriffe „Not“ und „geringfügiger Wert“ verkannt! Das Oberkriegsgericht verurteilte den Soldaten unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils wegen schweren Diebstahls zu drei Monaten Gefängnis!!! Eine eigentliche Notlage könne nicht angenommen werden — man könne höchstens von einer selbstverschuldeten Notlage sprechen — und zu alledem seien für einen Soldaten schon einige Groschen kein geringer Wert mehr. Der § 248a komme daher nicht in Frage. Mit seiner Revision hatte der Angeklagte keinen Erfolg. Das Reichsmilitärgericht hat das Rechtsmittel verworfen und damit die Verurteilung bestätigt. — Also um 26 Pf. — drei Monate Gefängnis und mit dem Makel einer erheblichen Vorstrafe belastet, trotz des Vorliegens mildernder Gesetzesbestimmungen! Gesetz wird Unsinn!

Ein christlicher Jugendpfleger. Von der Strafkammer des Landgerichts Frankfurt a. M. wurde der Leiter des evangelischen Junglingsvereins „Wartburg“, Emil Stenzel, wegen Vergehens gegen § 175 Str.-G.-B. zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. St. hat sich an Mitgliedern des Vereins vergangen. Das Gehalt für St. bezahlte die Synode, bei der St. in hohem Ansehen stand. Die Verfehlungen (homosexueller Art) müssen sehr schwere gewesen sein. Einmal war St. plötzlich verschwunden und in die Schweiz und später nach Italien geflüchtet. Er kehrte jedoch zurück und versuchte, sich wegen Unzurechnungsfähigkeit von der strafrechtlichen Verantwortung zu befreien. Darauf ging das

Gericht aber nicht ein. Die Verhandlung wurde unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Sie endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu der oben mitgeteilten Strafe. Dabei wurde Herabsetzung der freien Willensbestimmung infolge Nervenreizung als Milderungsgrund angenommen. Der Staatsanwalt hatte gegen den braven Jugendleiter ein Jahr Gefängnis beantragt.

**Quittung.**  
Für das Jugendheim gingen ein:  
Schiff „Olga“ . . . . . 0.25 Mk.  
Vom Verband der Transportarbeiter 30.—  
Vom Verband der Bäcker . . . . . 10.—  
Schauerleute v. Dampfer „Maesborg“ 1.90  
Der Jugendausschuß

Für den Wahlfonds gingen ein:  
Überschuß einer Jubiläumssammlung 1.— Mk.  
Das Parteisekretariat.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwanh. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Bienenfleiß

kein Kunsthonig mit Zusätzen minderwertiger Surrogate, wie: Kartoffelmehl, Buttermilch, Stärkesirup, chem. Farbstoffen etc., sondern „Bienenfleiß“ enthält nur rein deutsche Honigarten und Raffinade.

Man achte auf unverletzte Verschluss-Schutzstreifen.

714

**Waisenhaus.**  
Die Gesuche um Aufnahme in das Waisenhaus sind von den Müttern oder den Angehörigen der Kinder in Begleitung der letzteren am **Freitag, dem 3. Februar**, morgens 9 Uhr, im Waisenhaus anzubringen. 542  
Taufschein, Taufbuch und legitimes Schulzeugnis des Kindes sind dabei einzureichen.  
Die Vorteherschaft des Waisenhauses.

**Verband der Fabrikarbeiter Lübeck.**  
Zahlstelle Lübeck.

**Nachruf.**  
Am Montag, dem 27. Januar, starb unter Anklage, der Kollege **Heinrich Offen.**  
Seine feinem Aindenden!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 30. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Bornheimer Friedhofs aus statt.

Versammlung der Teilnehmer an derselben nachmittags 1 1/2 Uhr beim „Weißen Stroh“.  
717 Die Ortsverwaltung.

Für die uns zuteil gewordenen Geschenke und Gratulationen zu unserer Aindernen Hochzeit danken herzlich **A. Dieckmann u. Frau.**  
Lübeckstraße 20. (709)

Zum 1. April eine Zwei-Stuben-Wohnung mit Zubehör an einzelne Leute zu vermieten. Preis 180 Mk.  
721 Engelstraße 68, I.

**Zufall.** Wunderhöne moderne Gardinen nur 90 K., zu verl. Koller Wahnitz 83, nat. (712)

**Ein blauer Sitz- u. Liegewagen** mit Gummirollen zu verkaufen.  
716 Wöhlstraße 10, I.

**1 Gasampel billig zu verkauf.**  
J. Westphal (659)  
Sen- und Schiffs-Ampfnerel.  
Telephon 1231. Engelswisch 16.

**Elegante Maskenstoffe**  
H. L. Langhoff-Schaefer W. Kachf.  
Danzwartstraße 23, I. 701

**2. und 3. Handmännchen (Arbeiter),**  
Br. 212 250 (707) Seidengr. 16, I.  
Drei nette Damen-Maschen billig zu verkaufen  
Königsstraße 57, II.

**20 nette Damen-Maschen-Kost.**  
billig zu verkaufen.  
711 Senne Straße 24. part. Mittel.

**20 nette Damen-Maschen-Kost.**  
billig zu verkaufen.  
711 Senne Straße 24. part. Mittel.

**Elegante Maskenstoffe** für Herren und Damen in großer Auswahl (715) Danzwarstraße 23, I.

**Ein Maschen-Kost**  
billig zu verkaufen  
Königsstraße 57, I. 701

**Maskenstoffe**  
billig zu verkaufen  
Königsstraße 57, I. 701

**Carl Folkers**  
**Möbelmagazin**  
25 Marlesgrube 25.  
Vollst. Wohnungseinrichtungen.  
Selbstgefertigte Arbeiten.  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
Weitgehendste Garantie.  
Zimmereinricht. stets vorrätig.  
Lieferung frei Haus  
auf eigenem Möbelwagen.  
: Teilzahlung gestattet :  
Bei Barzahlung Rabatt.  
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

**Glasscheiben**  
aller Art billigst, auch im einzelnen.  
Kitt, Draht, Glaserdiam. v. 4/4 an.  
Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handl.  
Häxtertor-Allee 13. — F. 808. (405)

**Moderne Photographien**  
zu billigen Preisen.  
**Atelier Lubeca,** Breitestr. 13.  
Sonn- und Wochentags den ganzen Tag geöffnet; des Abends Aufnahmen bei elektr. Licht. (497)

**Plakate**  
ber.  
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln sind zum Preise von 30 Pf. per Stück zu haben in der  
**Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.**

**Buchen-Abfallholz**  
ab Herbst 80 Pf. und frei Haus 1 Mk. pro Saft. (4)  
F. E. Schacht & Co.,  
Tel. 259. Meißlinger Allee 41.

**Lachsabfall** täglich frisch  
Magnum benum, gelb hochend 10 Pf. 33 Pf. (715)  
**H. Fick,**  
43 Fleischhauerstraße 43.

**Wasserhühner**  
groß und reichlich  
Stück 40 Pf. (719)  
**Paul Wachsmuth**  
Fischstraße 5. Fernspr. 523.

**Leere Fabriktonnen**  
vorrätig.  
Expediten d. „Lüb. Volksb.“

**Trinkt**  
**Buntekuh-Kümmel**  
Brauerei Buntekuh.

**Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf u. Umg.**  
Die Versammlung der weiblichen Mitglieder fällt am 30. Januar umständehalber aus.  
Der Vorstand.  
708

**Schwartau-Rensefeld.**  
**Frauerversammlung am 29. Januar bei Pinkert (Gasthof Transvaal).**  
Da die Tagesordnung eine wichtige und ein Vortrag vorgesehen ist, möchte ich um zahlreiches Erscheinen bitten.  
704 Die Vertrauensperson.

**Neues Stadttheater.**  
Donnerstag, den 30. Januar. Anf. 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr. 113. Vorstellung im Voll-Abonn. 19. Vorst. im Donnerst.-Abonn.  
**König für einen Tag.** Kom. kom. Oper von H. Adam i. d. Bearbeitung von Paul Wolff. Große Preise.  
Freitag, den 31. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. 114. Vorstellung im Voll-Abonn. 19. Vorst. im Freitag-Abonn.  
**Eva (Das Fabrikmädel)** Operette von Franz Lehár. Große Preise.  
In Vorbereitung: „Junge, Drama von F. Tralow u. „Der Ring des Nibelungen“ von Rich. Wagner.

**Vorläufige Anzeige:**  
**Richard-Wagner-Gedenkfeier**  
**Der Ring des Nibelungen**  
im Hoftheater unter Mitwirkung berühmter Gäste.  
1. Tag  
**Dienstag, den 4. Februar 1913**  
**Das Rheingold**  
Alberich . . . . . E. Habich vom Hoftheater in Berlin.  
2. Tag  
**Freitag, den 7. Februar 1913**  
**Die Walküre**  
Brünnhilde . Frau Brill Orridge vom Stadttheater in Hamburg.  
3. Tag  
**Montag, den 10. Februar 1913**  
**Siegfried**  
Siegfried . . . . . Einar Forchhammer Großherzogtl. sächs. Kammerfänger vom Hoftheater in Wiesbaden.  
4. Tag  
**Donnerstag, den 13. Februar 1913**  
**Die Götterdämmerung**  
Hagen . . . . . Georg Zottermayr vom Hoftheater in Dresden.  
Alle vier Aufführungen finden im Voll- resp. Tages-Abonnem. statt. Außerdem ist noch an der Kasse ein Sonder-Abonnement zu folgenden Preisen (einschließlich Garderobengebühr) aufgelegt:  
Kassensumme . . . . . 24.50 Mk.  
1. Rang Loge, Vorderpl. 20.50 Mk.  
1. Rang Loge, Hinterpl. 16.50 Mk.  
1. Rang Balkon, 1. Reihe 20.50 Mk.  
1. Rang Balk., 2.-4. Reihe 16.50 Mk.  
1. Rang Balk., 5.-6. Reihe 12.50 Mk.  
Sperrenf. . . . . 16.80 Mk.  
Balkett, 7-10. Reihe . . . 12.80 Mk.  
Balkett, 11-17. Reihe . . . 10.80 Mk.  
Zigarren . . . . . 6.40 Mk.  
1. Rang, 1-3. Reihe . . . 8.80 Mk.  
2. Rang, 4-6. Reihe . . . 6.80 Mk.  
Das Abonnement wird Sonntag mittag geschlossen. (705)

**Hasenfelle**  
Kanin, Fuchs, Marder, Zitis usw.  
**Pferdehaare**  
Mähnen, Kufschweifhaare  
kauft zu höchsten Preisen  
J. L. Würzburg, Wahnstr. 22 a.

**Holzarbeiter-Verbd.**  
Zahlstelle Lübeck.  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Donnerstag, 30. Januar  
abends 6 1/4 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Soll der Tarif für die Möbelindustrie gekündigt werden?  
2. Verschiedenes.  
710 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Hallen**  
Danzwartstraße 20.  
Jeden Donnerstag:  
**Tanzkränzchen.**  
Anfang 8 Uhr.  
Ende 12 Uhr.

**Dilettanten-Klub „Freiheit“.**  
**Großer theatralischer Abend**  
am Donnerstag, dem 30. Januar im Konzerthaus „Flora“.  
Zur Aufführung gelangt:  
**Die Dorfhexe**  
Volkstück in 4 Akten.  
Großes Ausstattungsstück mit Gesang.  
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Karten im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf., Kinder 15 Pf.  
Programm frei. **Das Komitee.**  
Karten sind zu haben bei Lexau, Wöhlstraße; Jürs, Engelsgrube; im Konzerthaus „Flora“ und bei sämtlichen Mitgliedern. (566)

**Hansa-Theater.**  
Donnerstag, den 30. Januar.  
Anfang 8 1/2 Uhr  
Zum letzten Male:  
**Vater Holzmann.**  
Nach der Vorstellung ab 11 Uhr:  
Kabarett, Entree frei.  
Freitag, 31. Januar 1913:  
**Im Pfarrhaus.**  
**Voranzeige.**  
Ab 1. Februar u. folg. Tage:  
**Die gr. Hamburger Revue**  
**Rund um die Alster**  
mit Gebr. Wolf. 713

## An die Parteigenossen im Fürstentum Lübeck.

Am Sonntag, dem 2. Februar, nachmittags 1 Uhr findet im Lokale des Herrn D. Evers in Rensfeld-Kleinmühlen eine von uns einberufene

### Gemeindevertreter-Konferenz für das Fürstentum Lübeck

statt. Es sind alle Parteigenossen, die als Gemeindevertreter in Frage kommen, zum Erscheinen verpflichtet.

#### Tagesordnung:

1. Die Volksschule in der Gemeindepolitik.  
Referent: Joh. Stelling-Lübeck.
2. Das Armen- und Waisenwesen.  
Referent: Fr. Bartels-Altona.
3. Verschiedenes.

Die Verhandlungen sind öffentlich.

Der Zentral-Vorstand.

J. A. Heinr. Fick.

## Das Ende der französischen Herrschaft in Lübeck.

XV.

„Ferner wurde allen Bewohnern der Stadt befohlen, sich abends nach 9 Uhr zu Hause zu halten. Die nach dieser Zeit auf der Straße angetroffenen Personen sollten von den Patrouillen arretiert werden.“

„Unter solchen Umständen kam denn mit dem 5. Dezember der so heiß ersehnte Tag der Befreiung für Lübeck heran. Es war Sonntag. Schon der am Vorabend dieses Tages deutlich zu vernehmende Kanonendonner, sowie das Geräusch der Vorposten der Verbündeten bereits bis an die Befestigungswerke der Stadt streiften, erweckten die freudigsten Hoffnungen in den Seelen der Gemüthselben und Geborgenen. Früh morgens wurden die Kanonen auf den Wällen zur Feier der Krönung Napoleons und der Schlacht bei Austerlitz gelöst. Einige Stunden später wurde durch den Generalmarsch und drei Kanonenschüsse der Alarmzustand proklamiert. Der Gottesdienst unterblieb; jeder mußte sich in sein Haus begeben und Türen und Fensterläden verschließen. Einzelne Personen, welche sich noch auf den Straßen sehen ließen, wurden durch Säbelhiebe und Pistolenschüsse der polnischen Lanziers, welche den Patrouillendienst versahen, verjagt. Lallemand, welcher durch die Straßen ritt, läbelte persönlich einen Menschen durch, welcher in der Burgstraße mit einer Pallfaden sich an den Häusern fortstieß; auch feuerte er auf mehrere Personen, deren er ansichtig wurde, seine Pistolen ab, glücklicherweise ohne Erfolg.“

„Totenstille herrschte in der Stadt; nur dann und wann wurde sie in den Hauptstraßen durch den Hin- und Hermarsch der Truppen unterbrochen. Nichtsdestoweniger wurde in den Augenblicken, wo die Patrouillen nicht sichtbar waren, ein von den Donanen verlassenes, mit Korn beladenes Steckenischiff, welches unterhalb der Clemenswiese lag, von Bewohnern der nahe gelegenen Straßen als herrenloses Gut geplündert.“

## Eine Lebensfrage.

Erzählung von Theodor Mügge.

(17. Fortsetzung.)

„Wie bin ich von Ihnen gewiß, fuhr er dann fort, Sie werden, ehe der Tag kommt, den Platz nicht verlassen, den Sie so manche Nacht schon behauptet haben. Ja, Herr Doktor Gerber, Sie haben eine Schutzheilige in Ihrem Hause, der Sie einen besonderen Kultus weihen müssen. Gott weiß es, die gütlichste Mutter könnte nicht mehr tun.“

Der Doktor saß lange schweigend bei seinem Kinde. Die tiefe Stille umher unterbrach kein Laut. Die Wärterin war fortgeschickt, um zu ruhen, die umhüllte Lampe beschränkte ihr Licht auf einen kleinen Kreis. Er kreuzte die Arme über seine Brust und horchte auf die Atemzüge des Kranken, aber leise und langsam wandten sich seine Blicke von ihm ab und schauten zu dem Wesen auf, dem er dies Leben dankte. Eingehüllt in ein großes, weißes Tuch, kam es ihm vor, als schwebte eine leuchtende Wolke um sie, und rund umher sei Nacht. Er sah ihr Gesicht wie mit himmlischem Glanz erfüllt, ihre Augen voll Strahlen, ihre Wimpern so schön und ruhig klar, wie man Heilige malt. Trotz der dunklen Schatten, welche alles mit ihren Fäden umspannen, glaubte er dies genau zu sehen, und ein wunderbar gläubiges, inniges Gefühl durchbeugte ihn. Je mehr er darauf hinsah, um so heller wurde das Licht, um so heißer seine Freudigkeit, um so weiter seine Brust. Sie regte sich nicht, aber ihre Augen ruhten auf ihm, wie Sonnenschein.

Langsam streckte er die Hand über das Bett seines Kindes fort, und er fühlte, wie sie ihre Hand hineinlegte. Kein Wort kam über seine Lippen, aber seine Finger zitterten. Ein Schmerz zuckte durch seinen Arm, er schloß sie fest zusammen. In diesem Augenblick fuhr ein Wagen auf der Gasse und hielt vor dem Hause still. Die Klingel an der Haustür, mit Heftigkeit gezogen, schallte durch die Flur, und Johannes stand auf. Wie ein langes Seufzen klang der tiefe Atemzug, mit dem er das Zimmer verließ.

VII.

Am nächsten Morgen war er schon früh auf; er hatte die Augen überhaupt kaum geschlossen, denn den größten Teil des Restes dieser Nacht war er auf und ab gegangen, ohne zu einem ruhigen Bedenken zu kommen. Freude und Leid rang in ihm. Die Liebe, welche ihre Binden um ihn geworfen, träubte sich vor der Hand, welche die Knoten lösen wollte, und bemühte sich die ersten schwachen Lichtstrahlen zu zerreißen, die auf ihn eindrangen. Es war nicht recht, daß

Die elf noch immer auf der Kriegsstube gefangen gehaltenen Munizipalräte und Notabeln waren inzwischen zu Fuß unter Militärbedeckung nach dem Waghause des Holstenores geführt. Bald darauf erschien daselbst Lallemand und kündigte ihnen an, daß alles Geld der öffentlichen Kassen, welche schon seit Mitte November von dem Präfekten unter die besondere Obhut des Unterpräfekten gestellt waren, sowie das gesammelte Silberzeug sofort herbeigeschafft werden müsse. Die Kommunalkasse war schon seit längerer Zeit ohne alles Geld gewesen. Die Verpflegungskommission besaß noch 1815 Mark 14 Schilling und einiges Silberzeug, an Wert ungefähr 400 Mark. Der französische Kriegskommissar Prepond nahm beides in Empfang. Den Gefangenen wurde jetzt angedeutet, daß sie mit ihrem Leben für die Ruhe der Stadt zu haften hätten und daß jede Beleidigung des Militärs an ihnen gerächt werden solle. Auf ihre Bemerkung, daß sie als Gefangene nichts für die Ruhe der Stadt tun könnten, gebot Lallemand den beiden Ältesten derselben, den Kaufmann Gundlach und Uffhausen, einzeln unter Begleitung eines Soldaten durch die Straßen zu gehen, um die etwa vor den Türen und an den Fenstern sich zeigenden Personen zu ermahnen, sich ruhig zu verhalten, da ihr Leben in Gefahr sei.

Der Prinz Friedrich von Hessen, welcher durch den Rückzug des Prinzen von Eckmühl auf Hamburg sich von den Franzosen verlassen sah und sich den Gefahren eines Sturmes oder der Gefangenschaft nicht aussetzen wollte, hatte schon gegen Mittag mit einem Teile der dänischen Truppen die Stadt verlassen, um sich auf Oldesloe zurückzuziehen. Um den Rückzug aus Lübeck überhaupt zu decken, waren schon früher die über die Trave führende Dankwarts- und Wipperbrücke teilweise zerstört. Die im Innern des Holstenores (das äußere Tor befand sich an Stelle des jetzigen Bahnhofs) gelegenen Häuser mußten bis auf eins von den Bewohnern geräumt werden, denen dieses eine Haus als gemeinshafte Wohnung angewiesen wurde. Wegen des eingetretenen Frostes waren Arbeiter requiriert, um die Gewässer, welche die Stadt umgeben, namentlich die Trave, aufzueisen; bei der geringen Zahl der Arbeiter war es indessen nicht weit mit dieser Arbeit gekommen.

„Die innere Holstenbrücke wurde von einem Genieoffizier besichtigt, um in derselben Mienen anzulegen. Wahrscheinlich erkannte dieser, daß die Brücke zu fest gebaut sei, um ohne Gefahr für die nahe gelegenen Häuser ganz gesprengt zu werden, und daß durch die Sprengung des oberen Teiles der Spitzbögen dieser Brücke wenig gewonnen sei. Er unterließ die an derselben beabsichtigten Arbeiten und begnügte sich, mittelst einiger Steckenischiffe Buvertonnen unter die Brücke zu bringen. In die Pontons der beiden über die Trave erbauten Brücken (unterhalb der Peterlilienstraße und der Fischergrube) wurden von den dänischen Marinejoldaten Teer und andere brennbare Materialien gebracht. Diese Marinejoldaten, die schon zu Anfang Oktobers ihrer fünfzig unter dem Befehl des Kapitäns v. Holsten nach Lübeck gekommen waren, erwiesen sich in den wenigen Stunden, während Lübeck noch in der Gewalt seiner Bedrucker war, als die größte Plage. Sie verübten, namentlich in den diesen Brücken nahe gelegenen Straßen, die ärgsten Gemeinheiten und Unflätereien, drangen in die Häuser ein, mißhandelten die Bewohner und begannen zu plündern. Manche befreiten sich von diesem Gefindel dadurch, daß sie dasselbe durch in reichlichem Maße dargereichten Brauntwein von

den Beinen brachten. Mehrere dieser Marinejoldaten waren späterhin betrunken in den Kochhäusern (auf Schiffen durfte nicht gekocht werden; die Kochhäuser fanden sich an der die Trave von der Stadt abschließenden Mauer) und Warenaufschauern an der Trave eingefesselt und gerieten auf diese Weise, da sie von den brechender Dunkelheit ausgehenden Patrouillen nicht gefunden wurden, am andern Tage in schwedische Gefangenschaft.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, 28. Januar

99. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück, Bumm.

(Kurze Anfragen.)

Abg. Basser mann (N.) fragt, ob dem Reichstager bekannt ist, daß in China in jeder höheren Elementarschule eine fremde Sprache und zwar in der Regel die englische gelehrt werden muß und ob der Reichstanzler bereit sei der chinesischen Regierung für eine Gleichstellung der deutschen Sprache einzutreten.

Geheimrat Dr. Lehmann: Auf den chinesischen Elementarschulen kann englischer Sprachunterricht eingeführt werden, doch muß er nicht eingeführt werden, auch kann Stelle der englischen eine andere Sprache gelehrt werden. Die deutsche Regierung hat bereits die nötigen Schritte geteilt damit von dieser Möglichkeit zu Gunsten der deutschen Sprache ausgiebiger Gebrauch gemacht wird.

Abg. Basser mann (N.) fragt, ob dem Reichstager die Vergewaltigung des deutschen Ansehens durch Marokko durch französische Truppen bekannt ist und welche Schritte zur Wahrung der Interessen des Geschädigten u. zu seinem Schutze geschritten sind.

Geheimrat Dr. Lehmann: Die erste Frage ist zu jagen. Auf die zweite ist zu erwidern, daß Stössel sich Sicherheit und in Freiheit befindet. Der Vorfall wurde jetzt nach Eingang der telegraphischen Meldung bei der französischen Regierung zur Sprache gebracht. Die Verhandlungen schweben gegenwärtig und werden noch eine Zeit in Anspruch nehmen.

Abg. Basser mann (N.) fragt, ob dem Reichstager Mitteilungen darüber geworden sind, daß England Frankreich und Rußland bestimmte Vereinbarungen über eine Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären in der armenischen, syrischen und arabischen Gebietsteilen der Türkei getroffen haben und welche Stellung der Reichstanzler gegenüber solchen Vereinbarungen einzunehmen gedenkt.

Geheimrat Dr. Lehmann: Dem Reichstanzler sind Gerüchte bekannt, nach denen mehrere Mächte sich über die Abgrenzung der Interessensphären in der asiatischen Türkei geeinigt haben sollten. (Hört, hört!) Irrend welche amtlich Mitteilungen darüber liegen nicht vor. Umgekehrt laßt dagegen unzweideutige und vertrauenswürdige Erklärung seitens der Vertreter der genannten Großmächte das Wahrscheinliche derartiger Vereinbarungen als ausgeschlossen scheinen.

Abg. Gradnauer (SD.) fragt, ob der Reichstanzler Auskunft zu erteilen in der Lage ist, ob und inwiefern die angeblich auf amtlichen Informationen beruhenden Zeitungsmeldungen der Wahrheit entsprechen, daß die verbündeten Regierungen neue umfassende Militärforderungen auch absehen von dem Ausbau der Luftflotte durchzuführen beabsichtigen.

Major Hoffmann: Die verantwortlichen Stellen der Reichsregierung sind sich darüber einig, daß unsere Militär zu Lande erneut einer Verstärkung bedarf. (Hört, hört) Ueber den Umfang der vorzuschlagenden Verstärkung könn-

Emma gestern ohne ihn gegangen war, es war manches nicht recht, das empfand er mehr als je, und doch blieben seine Entschuldigungen dieselben, doch freute er sich auch heute noch, daß sie den Jammer dieser Nacht nicht mitterlebte. Ein danges, schreckliches Gefühl tauchte in ihm auf, wenn er an die Zukunft dachte, und diese öffnete sich vor ihm, wie sie es nie getan. Wie in einen schwarzen Abgrund blühte er hinein, und seine Blicke irrten dann über seine Bücher und Arbeiten hilflos umher. Sein Herz war aufgewacht und verlangte nach mehr, verlangte nach etwas, was mit unheimlichem Ahnen und Verlangen ihn erfüllte und ihn zu Vergleichen trieb, die er nie gemacht hatte.

Warum war Emma nicht wie sie — wie Marie? Sie war so gut, so schön, sie liebte ihn, sie liebte ihr Kind. Warum war es sonst anders gewesen? Warum war sie nicht mehr wie sonst?

Quälende Gedanken überstiegen ihn; gewaltig wollte er sie übertäuben mit den Selbsttäuschungen, die er so oft schon angewandt hatte, um sein Glück zu pressen, allein es gelang ihm nur unvollkommen; die trüben Gedanken kehrten immer wieder zurück. Immer wieder sah er Marie, das Kind auf ihrem Schoß, das blutige Messer in ihrer Hand, und wie sie ihn anschaute, bis ins Herz hinein voll starken Vertrauens. — Warum konnte es nicht Emma sein, die in glaubensstarker Mutterliebe so getan und bei ihm geessen hätte, verklärt von dieser Liebe, der Schutzgeist seines Hauses?

Er fühlte ein geheimes Widerstreben, Emma zu sehen; ein Bangen war in ihm und eine Sehnsucht — die Sehnsucht zu Marien zu gehen, mit ihr zu sprechen, und je mehr die Zeit vorrückte, um so mehr empfand er beides.

Endlich trat er hinaus und ging den Korridor entlang. Als täte er etwas Böses, so schrat er zusammen, als Brinkmann ihm entgegenkam, der ihn so freundlich ansah, als wollte er ihm Mut machen.

Nun, mein Herr Doktor, sagte der Alte, es ist alles glücklich vorüber gegangen.

Wie geht es drinnen? fragte er.  
Gut, antwortete Peter, das Kind schläft, jetzt aber — Ist Fräulein Marie bei ihm? fiel der Doktor ein.

Peter schüttelte den Kopf. Schon wieder abgesetzt, sagte er erbittert. Die gnädige Majorin ist drinnen und hat das Fräulein fortgeschickt, damit es ausruhen kann.

Wo ist Marie — Fräulein Selben?

Dort ist sie, küßte der Alte, auf die Tür in der Tiefe des Ganges deutend, wo Marie wohnte. Gehen Sie zu ihr, Herr Doktor. Es wird ihr ein Trost sein, denn — denn ich würde es nicht leiden, daß sie so behandelt würde. Ich bin ein armer, alter Mann, aber ich kann's nicht ansehen.

Leise klopfte der Doktor an der Tür, und als er antworten hörte, trat er ein. Marie kam ihm entgegen. Sie war schon angekleidet, wie sie es gewohnt war; ihr Haar glatt, ihr Gesicht frisch und klar, nur ein wenig bleicher.

Ich komme, begann Johannes, um Sie zu sehen, Sie Marie. O, nicht um Ihnen Dank zu sagen, denn was soll ich sagen? Es wären doch alle Worte nicht imstande dies auszudrücken, was sie sollten.

Doch ich danke Ihnen, erwiderte sie, und danke Ihnen u. so mehr, weil ich danach verlangte, mit Ihnen zu sprechen um etwas von Ihnen zu bitten.

Wirklich? rief er erfreut, dann reden Sie schnell. Es macht mich glücklich, wenn ich etwas tun kann, was Ihnen lieb ist.

Sie sollen mir Ihren Rat erteilen, sagte Marie. Ich könnte Ihnen eine Einleitung dazu geben, allein ich würde lieber zu einem Nachwort machen und Sie bitten, die Briefe zu lesen, welche ich schon seit einigen Tagen empfinde. Sie nahm aus einem Kästchen, das auf dem Tisch stand Papiere in Briefform, welche sie aufschlug und dem Doktor reichte. Er blickte hinein und erkannte die Handschrift seines Oheims.

Ich habe es ja immer gesagt, las er, Sie sind ein vorzügliches Mädchen, und wenn ich nicht schon so alt wäre, da die ganze Welt schreien würde: Seht den grauföpfigen Narren! würde ich nicht sagen, mein Liebes Kind, ich will u. ein Vater Dir raten. Das tue ich aber, mein Töchterchen, u. was Sie mir schreiben, lasse ich nicht gelten. Sie dürfen nicht länger in dem Hause da bleiben; dem Johannes können Sie nicht helfen, und die anderen wollen Ihre Hilfe nicht. Ich werde zu Ihnen kommen und den mitbringen, der Herz u. Augen dafür hat, was Sie wert sind; mit dem Johannes aber werde ich noch ein Wort sprechen, und wenn er davor nicht aufwacht, so muß er schlafen, bis die Trompeten vor Jerticho ihn aufwecken.

Lesen Sie das auch, sagte Marie, als er das Blatt finte. Ick, hier ist noch eine Einlage. Mechanisch besolgte er die Weisung und starrte die Buchstaben an. Hertner hatte sie geschrieben. Mit wenigen schlichten Worten bekannte er, daß er längst sie aufs innigste verehere, und sein Lebensglück gesichert sein würde, wenn sie Freude und Leid mit ihm teilen wollte.

Ein schmerzhaftes Lächeln kief über das Gesicht des Doktors, dann hob er seine Augen zu ihr auf. Es war ein langer, brennender Blick, der zitternd über sie hinirrte und sich niederlegte, als sie ihn fest und mutig anschaute.

(Fortsetzung folgt.)

zurzeit noch keine Mitteilungen gemacht werden, da der Bundesrat noch nicht darüber beschlossen hat. (Lachen.)

### Etat des Reichsamts des Innern.

10. Tag.

Die Beratung wird beim Kapitel Reichsgesundheitsamt fortgesetzt.

Abg. Dr. van Calker (M.): Die Erhebungen über die Lage des Krankenpflegepersonals haben geradezu erschütternde Resultate ergeben. Es zeigt sich hier mit erschreckender Deutlichkeit die Notwendigkeit einer reichsgerichtlichen Regelung. Bestimmte Vorschläge über die Beschränkung der Arbeitszeit und andere Punkte, wie sie die von den Sozialdemokraten eingebrachte Resolution verlangt, können wir aber noch nicht machen, wir können nur eine allgemeine Grundlage verlangen, damit endlich gesetzgeberisch gegen den Raubbau vorgegangen wird, der mit dem Idealismus beherrschter Frauen, die sich in der Krankenpflege betätigen, getrieben wird. (Bravo!)

Abg. Baron Knigge (K.) klagt über den Geburtenrückgang in den sozialdemokratischen Großstädten. Auf dem Lande, wo man den Lehren der Sozialdemokraten nicht nachgibt, und wo noch Religion zu finden ist, gibt es keinen Geburtenrückgang. (Bravo! rechts.)

Abg. Gussler (W.) wünscht eine Verschärfung und Vereinfachung der Weizenkontrolle.

Abg. Sojnsky (Pole) begründet eine Resolution einer Partei, Untersuchungen über die gesundheitlichen Verhältnisse im Bergbau Oberschlesiens anzustellen. Gerade dort sind die Kranken- und Unfallziffern der Bergleute erheblich größer, wie in anderen Teilen Deutschlands.

Abg. Dr. Burthardt (Wirtsch. Bg.): Mithstände sind in den Verhältnissen des Krankenpflegepersonals sicher vorhanden. Man sollte staatliche Krankenpflegeschulen einrichten. Auch auf die sogenannten Schwesternheime, die vielfach Kuppel treiben, sollten die Behörden mehr Licht geben.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Bumm: Eine reichsgerichtliche Hebung des Hebewesens hält der Bundesrat nicht für angängig, doch sind Grundzüge für die gleichmäßige Regelung der hierbei in Betracht kommenden wichtigsten Gesichtspunkte vom Reichsgesundheitsamt ausgearbeitet und werden gegenwärtig im Reichsgesundheitsrat beraten. — Das das Krankenpflegepersonal nicht überlastet wird, liegt im Interesse der Krankenpflege. Im März 1910 sind Erhebungen über ganz Deutschland veranstaltet worden. Die tatsächliche eine harte Arbeitsbelastung des Krankenpflegepersonals ergeben haben. Das Reichsgesundheitsamt hat eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet zur Besserung der Lage des Krankenpflegepersonals. Eine einheitliche Regelung ist auf große Schwierigkeiten, weil es sich sowohl um öffentliche wie private Anstalten handelt und weil nicht alle Krankenpflegerinnen gewerblich tätig sind, sondern zum Teil religiösen Verbänden angehören. Andere Vorschläge sollen eine Mindestbesoldung ermöglichen, einen freien Ausgehetag und einen jährlichen Erholungsurlaub. Auf das Kost- und Regiszieren, heute auf die Löhne haben sich die Erhebungen nicht erstreckt, weil man nicht alles auf einmal machen kann. Auf dem Gebiete der Säuglingssterblichkeit ist bereits viel geschehen, wenn allerdings auch noch viel getan werden kann. Namentlich ist es gelungen, die Säuglingssterblichkeit von 20 % auf 16 % herabzubringen.

Abg. Antrich (SD.): Als ich vor 12 Jahren die Aufmerksamkeit von einem Male auf die Lage der Krankenpfleger lenkte, wurde ich ein Struwwelpeter der Entscheidung, sowohl hier im Hause, wie in der Presse. Man sieht mich sogar öffentlich der Unwissenheit. Dieser Kampf aber gegen mich hielt mich nicht ab immer wieder auf die außerordentlich elende Lage des Krankenpflegepersonals und die darauf basierenden gesundheitlichen Mithstände in den verschiedenen Heilanstalten hinzuweisen. Vor 12 Jahren stand ich allein. Heute scheint es anders zu sein. Ich traute meinen Ohren kaum, als ich Herrn van Calker so warm für das Krankenpflegepersonal eintrat hörte. Gerade die Nationalliberalen und ihre Presse haben mich vor 12 Jahren in der niederträchtigsten Weise angegriffen.

Vizepräsident Dove: Diese Charakterisierung der Angriffe gegen Sie besteht nun doch nicht auf Mitglieder dieses Hauses.

Abg. Antrich: Sie besteht sich auf alle diejenigen, die damals in der schließlichen Weise den Kampf gegen mich geführt haben, sowohl innerhalb wie außerhalb dieses Hauses. Vizepräsident Dove mit den Redner zur Ordnung. — Abg. Dr. Dornel begrüßt dies mit einem freundlichen Zuruf. — Danken Sie, Herr Dr. Dornel, die Mithstände sind dadurch aus der Welt geschafft, daß ich zwei oder drei Ordnungsrufe erhalte? (Sehr wahr! h. d. Soz.) Nicht nur die Abgeordneten und die Presse, auch die Regierungsvertreter sind damals mit denselben Argumenten gegen mich vorgegangen. Heute haben alle bürgerlichen Parteien ihr warmes Herz für das Krankenpflegepersonal entdeckt, und auch von Regierungsseite wird zugesagt, daß die Verhältnisse tatsächlich so liegen, wie ich sie im Jahre 1909 schilderte. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Ich begreife nicht, woher man damals den Mut nahm, etwas, was so selbstverständlich war, jetzt wird zugesagt, daß eine Neuregelung der Verhältnisse notwendig ist. Im vorigen Jahre wurde eine entsprechende Resolution angenommen, aber geschehen ist nichts. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Zu dem betreffenden Tages heißt es unter den Entscheidungen des Bundesrates: „Erwägungen über den Mut.“ Und nach den Ausführungen des Herrn Gesundheitsamts Bumm kommt das dem Reichsamt über die Ergebnisse der Statistik vor und wir sollen wissen, bis zu welchem Grade wir haben, sich daran zu erinnern. Das wird lange dauern, wenn der Reichstag sich endlich mehr Dampf dahinter macht. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Ich habe schon vor 12 Jahren als Ursache der Mithstände die mangelhafte Ausbildung des Personals, die überlange Arbeitszeit und die schlechte Entlohnung bezeichnet. Ich habe immer wieder immer wieder neues Material vorgebracht, die Regierung möchte zugeben, daß meine Angaben zutreffend, aber gerührt hat sie sich nicht und es ist nicht eher her, als der Reichstag sie dazu zwingt. Die ganze Tätigkeit des Pflegepersonals arbeitet seit langem als 16 bis 17 Stunden. Hier hat Gesundheitsamt Bumm das Ergebnis der amtlichen Erhebungen zu 1909 vorgebracht. Auch eine Statistik der Organisation des Personals der Gemeinde- und Kreisärzterverbände kommt zu dem Ergebnis, daß 6 % des Pflegepersonals 12 bis 14 Stunden, 30 % 14 bis 17 Stunden beschäftigt sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Die gleiche Zeit gibt es in 151 Anstalten mit 612 monatlichen Pflegerinnen und in 49 Anstalten mit 461 weiblichen Pflegerinnen beschäftigt sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Neben dem Tagelohn kommt dazu vielfach noch Nachtlohn in

Betracht, wobei sich das grauenhafte Resultat ergibt, daß 110 Pfleger und 447 Pflegerinnen eine Arbeitszeit von 30 bis 40 Stunden hatten. (Hört, hört! bei den Soz.) Wie steht es nun bei dieser Arbeitszeit mit der Entlohnung? Die amtliche Statistik scheint es nicht der Mühe für wert gehalten zu haben, danach überhaupt zu fragen, oder man hat sich geschämt, diese Dinge in die Öffentlichkeit kommen zu lassen. Noch heute werden Anfangslöhne von 10 Mark gezahlt. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei einer Erhebung, die sich auf 2000 Personen erstreckt, wurde festgestellt, daß 71 % 30 bis 75 Mark Gehalt bekommen. Auch in Irrenanstalten, wo der Dienst besonders schwer ist, gibt es Anfangslöhne von 10 bis 15 Mark und die Bezahlung ist überhaupt im Verhältnis zu der langen Arbeitszeit ganz erbärmlich. Die Folge dieser schlechten Entlohnung ist natürlich ein sehr häufiger Wechsel des Personals. Darunter leiden nicht nur die Pfleger, sondern auch ganz besonders die Kranken. (Sehr wahr! bei den Soz.) So wurden im Birchow-Krankenhaus anfangs 1911 beschäftigt 678 Personen, der Zugang betrug 910, der Abgang 888 Personen. (Hört, hört!) In Moabit wurden 268 Personen beschäftigt, der Zugang betrug 255, der Abgang 258. In den Irrenhäusern ist die Fluktuation ebenso groß. Um diesen Überstand abzuwehren, ist man auf den ingeniösen Einfall gekommen, nicht etwa die Arbeitszeit zu verkürzen, bessere Bezahlung, Beförderung und Behandlung einzuführen, sondern man sucht durch Prämien das Personal an die Anstalt zu fesseln. So erhalten in einer Anstalt Wärterinnen nach 30 Jahren 50 Mark Prämie, nach weiteren 30 Jahren 75 Mark und nach weiteren drei Jahren 100 Mark — da sie also bald 100 Jahre alt werden, um in den Besitz der Prämie zu kommen. In Württemberg werden nach 5jähriger Dienstzeit 200 Mark, nach 6jähriger Dienstzeit 1000 Mark Prämie gewährt. Der württembergische Minister von Pischel begründet dies damit, daß nach 6jähriger Dienstzeit das Pflegepersonal so ausgemergelt sei, daß es ganz unmöglich sei, es noch weiter zu behalten. Aber was soll der Mann mit 1000 Mark anfangen? Wer die Verhältnisse kennt, weiß doch, daß heutzutage ein mit so geringem Kapital gegründetes Geschäft meist in kurzer Zeit zugrunde geht. In großen Krankenanstalten in den Hauptstädten ist das Pflegepersonal vielfach gezwungen, Wohnungen zu beziehen, die geradezu ein öffentlicher Stalld sind. Vor 12 Jahren habe ich hier angemerkt, daß in einem Berliner Krankenhaus Wärter Kellerräume zur Wohnung angewiesen bekommen. Damals wurde gesagt, das sei nur vorübergehend, aber heute ist mir mitgeteilt worden, daß noch jetzt die Wärter in den Kellerräumen hausen. (Hört, hört!) Außerordentlich mangelhaft ist die soziale Fürsorge für das Krankenpflegepersonal. 10000 Personen entscheiden überhaupt jeder sozialen Fürsorge. Vielfach tritt sie erst nach 10jähriger Beschäftigung ein. Dabei ist festgestellt, daß fast niemals Krankenpflegerinnen länger als 2, 3 Jahre im Dienst aushalten. In einem Krankenhaus mit 120 Schwestern waren nach Ablauf von 10 Jahren noch 12 davon beschäftigt. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Verhältnisse in den Schwesternheimen sind ebenfalls sehr traurig, wie Geheimere Regierungs- und Medizinrat Dr. Heder festgestellt hat. Auch dort gibt es Arbeitszeiten von 11 bis 13½ Stunden, mit Nachdienst 16½ Stunden. (Hört, hört!) In einem Falle hatte eine junge, sehr kräftige Schwester in Württemberg den Dienst in einem Krankenhaus zu verlassen, wo 15 bis 20 Betten belegt waren. Außer der Schwester war nur noch ein Dienstmädchen vorhanden, die Schwester mußte selbst kochen und den Garten besetzen. Für all diese Arbeit erhielt sie ein Gehalt von 300 Mark. (Hört, hört!) Nach 4 Jahren kehrte sie völlig gebrochen in ihre Familie zurück. In der Irrenanstalt Buz bei Berlin sind 1906 bis 1908 drei Pfleger und drei Pflegerinnen geisteskrank geworden, mehrere andere haben infolge Überanstrengung Selbstmord begangen. Von den harnvorigen Schwestern sterben 73 % an Tuberkulose, während sonst der Prozentsatz unter den weiblichen Personen 39 bis 43 % beträgt. Nach einer Statistik des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes ist die Arbeitskraft einer Pflegerin nach durchschnittlich 8½ Jahren völlig erschöpft. Dr. von Pischel jagte bei einer Landtagsverhandlung im Jahre 1911, daß der Krankenpflegerinnenberuf an die physische Kraft und an die Nerven so hohe Anforderungen stelle, daß nur jugendliche Kräfte heute dieser Aufgabe gewachsen sind. Daher bestehe vielfach der Grundgedanke, sämtliche Wärter und Wärterinnen nach 6 Jahren aus dem Anstaltsdienst zu entlassen. (Hört, hört! bei den Soz.) Seitdem ich vor 12 Jahren den Blick auf diese Verhältnisse gelenkt habe, sind zwar durch die Arbeit des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes wesentliche Verbesserungen herbeigeführt worden, aber trotzdem sind die Verhältnisse noch außerordentlich schlecht und dringend der Verbesserung bedürftig. Die Frage ist durchaus spruchreif. Es handelt sich nicht um eine Parteifrage, sondern hier könnten sich alle Parteien zusammenfinden, um Hand anzulegen an die Verbesserung der Lage des Krankenpflegepersonals. Handelt es sich doch auch um die Interessen des großen Heeres der diesem ermüdeten und ausgebeuteten Pflegepersonal zur Pflege Überantworteten. Es handelt sich hier um eine Frage der öffentlichen Moral und Kultur, die kann man nicht mit schönen Worten lösen, da muß die Hand ans Werk gelegt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nur durch eine reichsgerichtliche Regelung, wie sie unsere Resolution wünscht, kann hier Besserung herbeigeführt werden. In England, Afrika und Neuseeland sind die Forderungen, die unsere Resolution aufstellt, zum Teil schon durchgeführt und zum Teil schon überholt. Dort ist durch die Praxis bewiesen, daß eine achtstündige Arbeitszeit bei Einführung des Dreißtündensystems in solchen Krankenhäusern sehr wohl möglich ist. Wir stehen in Deutschland vor der höchst traurigen Tatsache, daß um Kranke Menschen gehend zu machen, Tausende junger Menschenkinder krank werden müssen, oft in der Blüte ihrer Jugend dahin gerafft werden. Das ist ein geradezu besorgniserregender Zustand für unsere Sozialpolitik. Sorgen Sie für einstimmige Annahme unserer Resolution, daß, daß endlich durch eine reichsgerichtliche Regelung dem krankhaften Raubbau an Leben und Gesundheit des Pflegepersonals Einhalt geboten werden kann. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Giesberts (Z.) bepricht die Mithstände in der Grob-eigenindustrie. Trotz der Bundesratsverordnung ist die Zahl der Verunfallten erheblich gestiegen, ebenso die Unfallziffer. Die Unternehmer schieben 82 Prozent der Unfälle auf die Schuld der Arbeiter. Man sollte sich vor so allgemeinen Behauptungen hüten, die gar nichts beweisen. Mangelhafte Sicherheitsvorrichtungen und die durch überlange Arbeitszeit verursachte Ermüdung sind viel eher Schuld an den meisten Unfällen. (Zustimmung bei den Soz. und im Zentr.) Daher muß die Arbeitszeit verkürzt werden. Die Unternehmer behaupten zwar, es werde durchschnittlich nur acht Stunden gearbeitet. Deshalb trauen sie sich dann aber gegen die Einführung des Achtstundentages? Auch der Arbeiter hat das Recht auf Licht und Luft und auf die Teilnahme an den modernen Kulturverrichtungen. (Bravo! im Zentr.)

Dr. Blankenhorn (M.) wendet sich gegen ein Verbot des Schweißens als Hausarbeit, das durch ein Reichsgerichtsurteil ausgesprochen ist.

Lenze (Sp., auf der Tribüne unverständlich) scheint sich gegen einige Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes zu wenden.

Jäckel (SD.) macht auf die Gefahren der Arbeit der Arbeiter aufmerksam. Durch die Schiffe, die von Hand zu Hand gehen und bei denen die Jäden mit dem Munde durch-

gefaugt werden, ist die Verbreitung von Infektionskrankheiten sehr wahrscheinlich. Die Anwendung solcher Schiffe sollte verboten werden. Dies geht ganz gut, da bereits Schiffe mit automatischer Durchsaugung des Fadens erfinden sind. In der Kunststofffabrikation ist das Lungenforrieren, das in den Häuten der Arbeiter geschieht, sehr gesundheitsgefährlich und sollte im Interesse der Erhaltung der nationalen Kräfte verboten werden. (Beifall bei den Soz.)

Boppe (Z.) wendet sich gegen die rigorose Anwendung der Stallkontrolle, die für die kleinen Viehhändler oft erdrückende Kosten mit sich bringe.

Dr. Thoma (M.) befürwortet den freisinnigen Antrag auf Errichtung eines Instituts für die wissenschaftliche Erforschung der Milchwirtschaft. Der Wert der Milchproduktion in Deutschland übersteigt selbst den des Brotgetreides. (Hört, hört!) Das Molkereigewerbe bedarf aber auch eines Zentralinstituts zur Bearbeitung aller wissenschaftlichen und organisatorischen Fragen der gesamten Milchproduktion.

Blund (Sp.) betont ebenfalls die Notwendigkeit einer Zentrale zur Erforschung der Milchwirtschaft. Die ganze Kohlenproduktion Deutschlands hat noch nicht die Hälfte des Wertes der Milchproduktion. (Hört, hört! rechts.) Redner wünscht des weiteren Maßnahmen zur Abwehr der Maul- und Klauenseuche. Dem sozialdemokratischen Antrag auf einen Gesetzentwurf zur Regelung der Verhältnisse des Krankenpflegepersonals können seine Freunde nicht zustimmen, da sie sich auf die einzelnen Punkte noch nicht festlegen wollen.

Hösch (K.) Neben der außerordentlichen Milchproduktion steht auch eine ständig steigende Milchviehzucht. Deshalb wird man auf wirtschaftliche Maßnahmen denken müssen, die heimische Milchproduktion zu heben. Ein großes Zentralinstitut zur wissenschaftlichen Erforschung der Milchwirtschaft läßt sich besser in Preußen als vom Reiche errichten.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Bumm betont, daß das Reichsgesundheitsamt dauernd und nicht ohne Erfolg die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche im Auge halte.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Interpellation der Polen betr. Enteignung polnischer Gutsbesitzer.) Schluß 7 Uhr.

## Gewerkschaftsbewegung.

Zur Lohnbewegung in der Binnenschifffahrt. Wie der Arbeitgeberverband mitteilt, haben sich die Verhandlungen zwischen den Verbänden und den Arbeitgebern wegen Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zerschlagen.

## Aus Nah und Fern.

Aus Nahrungsorgen in den Tod gegangen. Der ehemalige Kellner und Tafeldecker Richter in Berlin, dessen Frau seit langem krank ist, vergiftete sich und seine Frau durch Sublimat. Mit dem Krankheitszustande der Frau haben Nahrungsorgen das in den sechziger Jahren stehende Ehepaar in den Tod getrieben. Die Frau ist dem Gift erlegen, der Mann wurde in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus geschafft.

Wahnsinnstakt. In Glichin in Böhmen ermordete ein Diener seine Frau und sein einjähriges Kind und steckte die Leichen in den Backofen. Er selbst wurde in einer Scheune verkohlt aufgefunden. Der Mörder hat die Tat wahrscheinlich in Wahnsinn verübt.

Schweres Unglück in einem Stahlwerk. In dem König-Albert-Stahlwerk in Dichtentanne bei Zwickau brach Dienstag mitag die Welle eines Transportwagens, der mit flüssigem Eisen gefüllt war. Von der glühenden Masse, die auslief, wurden acht Personen schwer verletzt, darunter mehrere tödlich.

Zehntausend Mark Belohnung sind auf die Aufklärung eines großen Diebstahls an einer Goldsendung der Bank von England ausgelegt worden. Am 12. November vorigen Jahres gelangten, wie seinerzeit mitgeteilt, in London mit dem bremischen Dampfer „Schwalbe“ 40 Kisten englische Goldmünzen nach dem Kontinent zur Verschiffung, die am 14. desselben Monats auf der Reede Bremerhaven abgenommen und dann mit dem um 7 Uhr morgens von Geestemünde fahrenden Schnellzug in einem besonderen Wagen als Postgut über München-Salzburg nach Triest weiterbefördert wurden. Von Triest aus sind die Kisten mit dem österreichischen Dampfer „Helwan“ nach Alexandria gebracht. Dort traf die Ladung am 18. desselben Monats ein. Bei der Öffnung der Kisten durch den Empfänger stellte sich heraus, daß zwei Kisten anstatt der angegebenen Goldmünzen im Werte von 5000 Pfund Sterling, gleich etwa 102 500 Mk., Blei enthielten. Die Siegel an den Kisten schienen unverändert zu sein, die Kisten hatten auch daselbe Gewicht, wie es durch die Post bei Übergabe der Kisten in Geestemünde festgestellt wurde. Die bisherigen Nachforschungen nach dem gestohlenen Geld und nach den Tätern blieben erfolglos. Auf die Ermittlung und Ueberführung der Täter hat die Versicherungsgesellschaft Lloyds in London, die den Schaden decken muß, obige Belohnung ausgesetzt.

Kleine Chronik. Zwischen zwei Kraftdroschken wurde in Berlin vor den Augen seiner Frau der 64 Jahre alte Produktenhändler Weichaupt aus der Balthasarstraße zermalmet. Er wollte über den Fahrweg der Biergartenstraße, als gerade zwei Kraftwagen aus entgegengesetzter Richtung dahergefahren kamen. — Am Montagabend, kurz vor Mitternacht, fuhren auf der Strecke Sangerhausen-Güsten, zwischen Blankenheim und Hergisdorf, vier Wagen eines Rangierzuges durch Reizen der Kuppelung einem ausfahrenden Güterzug in die Flanke. Der heftige Anprall brachte mehrere Wagen zur Entgleisung. Der Schaffner Raabe von hier kam ums Leben. Das übrige Personal blieb unverletzt. Das Gleis konnte bereits gestern morgen wieder dem Verkehr übergeben werden. Nach einer anderen Meldung soll auch der Zugführer Nagel verletzt worden sein. — In Boch bei Cleve erschlug während einer Auseinandersetzung der Landwirt Deutsch seinen ihn mit einem Meißel bedrohenden Sohn mit dem Beil. Dem Unglücklichen wurde der Kopf gelassen. — Auf den Kupferwerken der Gebrüder Kundurow in Jellissawetpol, Transkaukasien, fanden bei einer Dynamitexplosion 6 Leute den Tod; ein zweistöckiges Gebäude wurde völlig zerstört.

## Literarisches.

Lang: „Die Konkurrenzklause“. 64 Seiten. Preis 1.50 Mk. Berlin 1913, Handlungsgehilfen-Verlag G. m. b. H. Die aktuelle Schrift enthält das geltende Recht im Deutschen Reich, in Österreich und in der Schweiz, ferner den deutschen Gesetzesentwurf von 1910, den Gesetzentwurf vom 29. November 1912 und eine kritische Besprechung des letzteren.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



